Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 39 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— ; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Mittwoch, den 16. Februar 1921 | Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Deutschnationaler Parteikrach.

Die Eisenbahn wird teurer — Gegen die Briesdorff-Mache — Eine Falschmeldung über Leuna.

Das Gerippe der Deutschnationalen Partei kracht in allen Fugen. Am Sonntag veröffentlichte der „Vorwärts" den Notschrei eines deutschnationalen Parteimitgliedes, der durch irgend eine wunderbare oder absichtliche Fügung in schriftlicher Form in seiner Redaktion gelandet war. Der Notschrei betitelte sich: „Werden wir geführt?" Natürlich wird diese Frage sehr bestimmt verneint. Hergt, der Vorsitzende der Partei, habe sich nicht nur allein bei den Verhandlungen eine vernichtende Blöße gegeben, sondern zeichne sich auch nur durch negativen Mut aus. Man erfährt aus diesem Notschrei, daß die berühmte Parole der Einheitsregierung anläßlich der Pariser Forderungen, die dazu bestimmt war, die Sozialdemokratie zu spalten, umgekehrt auf die rechtsstehenden Parteien in dieser Form gewirkt hat. Das empörte deutschnationale Parteimitglied sieht sich deshalb veranlaßt, auszurufen: „Nun, wenn einer verschwinden muß, ist es Herr Hergt selbst, und das schleunigst, jedenfalls noch vor den Wahlen." Der Schreiber macht dann noch einige besonders interessante Mitteilungen, wie man schon vor den Wahlen die ersehnte Futterkrippe des preußischen Staates für die Angehörigen der rechtsstehenden Parteien einteilte.

Herr Hergt natürlich, der Vorsitzende selbst, weiß von allen diesen Sachen nichts. Er zeichnet sich auch nicht durch negativen Mut aus. Nachzulesen ist das alles in der „Hallischen Zeitung", die ihm selbst das Wort erteilt. Dabei steht aber fest, Hergt und Helfferich haben in der Partei kein leichtes Leben. Hergt hatte seinerzeit einen schweren Kampf mit dem Grafen Westarp zu bestehen, nachdem er in der Preußischen Landesversammlung sein berühmtes nach links ziemlich versöhnliches „Ordnungsprogramm" entwickelt hatte. Die Partei entschied sich für die unversöhnliche Richtung Westarps gegen Hergt, und so mußte er nun in der Wahlagitation als Parteivorsitzender sein Ordnungsprogramm feierlich abschwören. Da wollte es aber das Unglück, daß in diese innerpolitische Situation die Pariser Beschlüsse hineinplatzten und unter ihrem Eindruck von der Deutschen Volkspartei die Idee einer Regierung der nationalen Einheitsprogramm propagiert wurde.

Herr Hergt erklärte den deutsch-volksparteilichen Unterhändlern, den Herren Riesser und Becker, zunächst erschrocken, davon könne keine Rede sein, das würde der Partei vier Millionen Stimmen kosten. Als aber die Deutschen Volksparteiler dadurch Gelegenheit bekamen, sich als die besseren „Nationalen" herauszuspielen, merkte Herr Hergt, daß er eine Dummheit gemacht hatte und fiel abermals um. Er erklärte sich jetzt in vertraulichen Verhandlungen für eine Regierung mit diktatorischer Gewalt aus allen in Betracht kommenden Parteien „einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten". Damit hat er aber auch nur wieder das Hohngelächter der Sozialdemokraten und die wilde Wut des radikalen Teils seiner Parteianhänger hervorgerufen.

Heute steht die Sache so, daß von der äußersten Rechten ein systematischer Feldzug gegen die Führerschaft „der beiden Bethmänner", Hergt und Helfferich, geführt wird. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie als Minister die ganze Politik Bethmanns mitgemacht hätten. Helfferich insbesondere wird von den radikalen Antisemiten, deren Führer ein gewisser Paul Weyland ist, als großkapitalistischer und judenfreundlicher Politiker bekämpft.

Von der Hitze des Kampfes zeugt es, daß der „Vorwärts"-Redaktion immer neue geheime Schriftstücke aus dem deutschnationalen Lager auf den Tisch fliegen. Es scheint fast, als ob gewisse Elemente zu jedem Mittel griffen, um die Führerschaft der Deutschnationalen Partei zu bekämpfen und die ganze Partei in die Luft fliegen zu lassen.

Auf die Dauer wird mit einer einheitlichen Partei der äußersten Rechten nicht zu rechnen sein. Es werden sich da verschiedene kleinere Gruppen bilden, die einander durch lauteste Marktschreierei den Rang abzulaufen versuchen werden. Als starker Gegner auf der Rechten wird dann für uns nur die Deutsche Volkspartei übrig bleiben.

Nur auf kapitalistischer Basis.

Wien, 15. Febr. (WTB.) Auf dem gestern eröffneten Betriebsrätekongreß der Metallarbeiter Deutschösterreichs legte Dr. Otto Bauer dar, daß gegenwärtig der wirtschaftliche Wiederaufbau Oesterreichs sich mit Rücksicht auf die Machtverhältnisse in Europa nur auf kapitalistischer Basis vollziehen könne. Das ausländische Kapital sei noch viel zu stark, als daß man wagen könnte, den Entscheidungskampf mit ihm aufzunehmen. Doch müßte darauf hingewirkt werden, daß die Machtstellung der Arbeiterklasse so stark bleibt, daß im Augenblick, wo im Auslande sich der Umschwung vollziehe, er auch in Oesterreich möglich wäre. Wichtig sei die Selbsterziehung der Arbeiterschaft; habe sich doch in Rußland die Zerstörung des Kapitals nur als ein Werk der ungeheuersten Zerstörung der Volkswirtschaft erzielen lassen. In einer Entschließung fordert der Kongreß die Aufrichtung der sozialistischen Wirtschaft bei gleichzeitigem Anschluß an Deutschland und erwartet, daß die Siegermächte endlich ihr Versprechen, an der Wiedererrichtung der Volkswirtschaft Oesterreichs mitzuwirken, erfüllen. Da aber bis dahin eine weitere Fortführung der kapitalistisch-anarchischen Wirtschaft den Zusammenbruch dieser Wirtschaft selbst und damit die Vernichtung der geistigen und manuellen Arbeiterschaft in Oesterreich bedeuten würde, erklärt der Kongreß den Versuch des planmäßigen Wiederaufbaues der Volkswirtschaft für unerläßlich und beschließt, diesen Wiederaufbau mit allen zu Gebote stehenden Machtmitteln anzustreben.

Simons in Karlsruhe.

Karlsruhe, 15. Februar. Der Reichsaußenminister Dr. Simons traf heute nachmittag aus Stuttgart hier ein. Nach einer Sitzung des Staatsministeriums in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder der Regierung betonte Dr. Simons im Landtage nach der Begrüßung durch den Staatspräsidenten Trunk, in der die unentwegt treue Haltung Badens zum Reich und zur Reichsregierung in ihrer programmatischen Stellungnahme, den Friedensvertrag im Rahmen des Möglichen loyal durchzuführen, hervorgehoben wurde, die Notwendigkeit für den Reichsminister des Aeußern, seine Politik stets im Einklang mit den Empfindungen des gesamten deutschen Volkes zu führen, denn die Diplomatie sei heute keine Geheimwissenschaft mehr. Er halte an dem in seiner Reichstagsrede entwickelten Standpunkt fest. Angesichts der möglichen Folgen sei es für ihn von entscheidender Bedeutung, heute den Willen des ganzen Volkes durch den Mund seiner berufenen Vertreter zu vernehmen. Die Lage Deutschlands müßte sich in den nächsten Wochen klären, einmal ob Deutschland das in wirtschaftlicher Hinsicht ungeheuer wichtige oberschlesische Gebiet behalte und ferner, wie sich die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestalten würden. Er erinnerte dann noch daran, daß angesichts der praktischen Durchführung der zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe auf der anderen Seite nicht weniger als vier Auffassungen uns entgegengetreten wären, deren Verwirklichung sich bei näherer Prüfung als mehr oder weniger unmöglich erwiesen.

Eine Denkschrift über den Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Berlin, 16. Febr. Laut „Berl. Tagebl." hat das Reichsministerium für Wiederaufbau eine Denkschrift verfaßt, in der über den Stand der Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich zu Beginn dieses Jahres genauere Angaben gemacht werden. Danach sind u. a. von Eisenbahnen mehr als 90 Prozent wiederhergestellt und für die Landwirtschaft etwa 50 Prozent der Zerstörungsfläche wieder nutzbar gemacht worden. Von Bergwerken sind 16 Prozent wiederhergestellt und von den zerstörten Häusern erst rund 2⅕ Prozent. Weiter wird bemerkt, daß bisher deutsche Arbeiter in den zerstörten Gebieten nicht tätig gewesen sind und daß es abgelehnt wurde, deutsche Firmen direkt am Aufbau teilnehmen zu lassen.

Vor einer englischen Erklärung über die Reparationsfrage.

London, 15. Februar. „Evening News" erwartet in dieser Woche eine wichtige Erklärung Lloyd Georges über die Politik der britischen Regierung. „Pall Mall Gazette and Globe" erklärt, Lloyd George werde bereits morgen abend eine Erklärung über die Reparationsfrage abgeben.

Englische Zurückhaltung über Simons Stuttgarter Rede.

London, 15. Februar. Außer „Pall Mall Gazette and Globe", der einen kurzen Kommentar zur Rede des deutschen Außenministers in Stuttgart gibt, enthalten sich die Blätter jeder Stellungnahme zu den Erklärungen Dr. Simons. „Star" schreibt in einem Leiterartikel, Lloyd George sage, Deutschland müsse bezahlen, jedoch nicht in billigen Waren.

Verurteilter Verleumder.

München, 15. Februar. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert wurde der Kaufmann Heinrich Heinlein in München vom Landgericht zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt. Heinlein hatte im Mietseinigungsamt in erregten Gesprächen mit anderen Personen sich in beleidigender Weise über den Reichspräsidenten geäußert und ihm Trunkenheit, Völlerei usw. vorgeworfen.

Polnische Abstimmungsgelder.

Kowno, 15. Febr. Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Die Polen haben in Wilna ein Komitee zur Unterstützung der Polen bei der Volksabstimmung in Oberschlesien gebildet. Weil die Wahlgelder nur spärlich fließen, bringt das Komitee Zwangsmaßnahmen zur Anwendung, indem es von sämtlichen Angestellten der Behörden, Handwerkern und Arbeitern die Entrichtung des halben Tagelohnes zum Besten der Volksabstimmung in Oberschlesien fordert.

Wen wählen die Landarbeiter?

Die Organisationen der preußischen Landwirte haben soeben an die Regierungsstellen Eingaben gesandt, in denen sie darauf hinweisen, daß die tariflich festgelegten Bestimmungen über die Hergabe von Deputat an die Landarbeiter derartige Mengen an landwirtschaftlichen Produkten erforderten, daß die Ablieferung an Getreide, Kartoffeln, Milch usw. gefährdet sei.

Dieselben, die jetzt diese Erzählungen in die Welt setzen, hetzen die Landarbeiter mit der umgekehrten Behauptung auf, die Sozialdemokratie sei daran Schuld, daß den Landarbeitern nicht die Mengen von Deputat gegeben werden könnten, die sie gebrauchten. In Pommern z. B. konnte man in Plakaten in Eisenbahnwagen 4. Klasse lesen, die Landarbeiter müßten alles abliefern, damit die städtischen Arbeiter ein gutes Leben führen könnten. In verschiedenen Orten Preußens ist an Wahlplakaten zu lesen: „Denkt daran, daß der Landarbeiterverband und die Sozialdemokraten euch die Deputate nicht gewähren wollen!" Dieselben Leute, die in Eingaben behaupten, die Landarbeiter bekämen viel zu reichlich Deputate, so daß die Landwirte deshalb nichts abliefern könnten, sagen den Landarbeitern: „Ihr bekommt so wenig Lebensmittel, weil die Sozialdemokraten

auf so reichliche Ablieferung dringen."

Der Lohn der Landarbeiter ist sehr gering; mit Einschluß des Wertes der Deputate beträgt er im Durchschnitt 5500 bis höchstens 6000 Mark, in vielen Gegenden Deutschlands noch viel weniger.

Für die Landarbeiter ist seit der Revolution zu wenig geschehen, ganz wie für die übrige Arbeiterschaft, weil die sozialistische Mehrheit fehlte, aber für wenige Schichten der proletarischen Bevölkerung war die Revolution so notwendig, wie für die Landarbeiter. Bis zur Revolution galt das Gesetz vom 24. April 1854, nach dem „Gesinde (d. h. Hausangestellte) und Landarbeiter" mit

Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft

wurden, wenn sie gemeinschaftlich die Arbeit einstellten, um einen höheren Lohn oder sonstige bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. So waren die Landarbeiter wehrlos gegen den Druck ihres Lohnes, gegen miserable Behandlung, gegen Ausmergelung durch eine ungeheuerliche Arbeitszeit. Und allerlei Ausnahmegesetze ähnlicher Art reihten sich würdig diesem infamen Gesetze an. Erst die Sozialdemokratie hat den Landarbeitern das Koalitionsrecht erkämpft.

Die Notwendigkeit, für die Volksernährung zu sorgen, hinderte die glatte Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft. Immerhin wurde die von den Volksbeauftragten beschlossene

Landarbeitsordnung

von der Nationalversammlung zum Gesetz erhoben, nach der in vier Wintermonaten nicht länger als durchschnittlich acht Stunden, in zwei Frühjahrs- und zwei Herbstmonaten nicht länger als durchschnittlich zehn und in vier Sommermonaten nicht länger als durchschnittlich elf Stunden gearbeitet werden darf. Viel mehr als vor der Revolution kann sich jetzt der Landarbeiter seiner Familie widmen. Die Verkürzung der Arbeitszeit kommt

seiner Gesundheit zugute;

von den leider so spärlichen Bildungsmöglichkeiten, die das platte Land an Vorträgen und Büchereien bietet, kann der Landarbeiter mehr als bisher Gebrauch machen.

Auf Grund des Belagerungszustandes zwang der preußische Landwirtschaftsminister Genosse Braun, solange er dazu eine gesetzliche Handhabe hatte, die pommerschen Junker, in der Landwirtschaft gewisse neue Lohnforderungen zu erfüllen. Kein Wunder, daß die Herren diesen unangenehmen Minister mit allen Mitteln zu stürzen suchen und

eine sozialistenreine Regierung erstreben.

Wo in der Landwirtschaft Tarifverträge abge[illegible]
ist durch die von der Sozialdemokratie e[illegible]
gebung den Demobilmachungskommissaren [illegible]
geräumt worden, auch solche Landwirte [illegible]
Tarifverträge zu zwingen, die nicht derj[illegible]
organisation angehört haben, die den [illegible]
hat. Auf Antrag der Sozialdemokra[illegible]
ßische Landesversammlung, die Ver[illegible]
Förderung des Abschlusses von T[illegible]
der Landwirtschaft zu veranlassen, [illegible]
arbeiter in bezug auf die Arbeitsbe[illegible]
für der Landwirte unabhängig zu [illegible]

Was für die Landarbeiter n[illegible]
allem die Besserung

des ländlichen Sch[illegible]

Die Volksschulen sind auf dem La[illegible]
als in der Stadt. Die Klassen s[illegible]
Lehrer an den Dorfschulen ist vie[illegible]
den Kindern gesündigt wurde, das [illegible]
nicht wieder gutgemacht. Es [illegible]
bildungsschulen. Wissen ist für [illegible]
Kenntnisse machen den Menschen [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0001
DFG

nisse von Kunst und Wissenschaft. Wenn den Landarbeitern Gelegenheit geboten wird, sich landwirtschaftliches Fachwissen anzueignen, so wird nicht nur diesem oder jenem Gelegenheit geboten, sich eine bessere Anstellung zu verschaffen, sondern zum Segen des ganzen Volkes wird die landwirtschaftliche Produktion gehoben. Verbesserung der Schulen, Einführung eines umfassenden Fach- und Fortbildungsunterrichts, den auch die ländliche Jugend besuchen muß, fordert die Sozialdemokratie.

Ein besonders trostloses Kapitel bilden

die Arbeiterwohnungen auf dem Lande.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden die Verwaltungsbehörden angewiesen, sich um Verbesserung der Wohnungen zu bemühen. Wo sie Mißstände erfuhren, haben sie die landwirtschaftliche Spruchkammer des Kreises anzurufen, unter Zuziehung eines Landwirts und eines Landarbeiters des Dorfes, in dem das Uebel herrscht, die Unterkunftsräume der Landarbeiter zu untersuchen und auf möglichst schnelle Beseitigung bestehender Mängel hinzuwirken. Auf den Staatsdomänen werden auf einen von der Landesversammlung angenommenen Antrag der Sozialdemokraten, wenn es an Wohnungen mangelt, Versuche mit den verschiedenen Methoden der Ersatzbauweise angestellt, um die Obdachlosigkeit zu vermindern. Ueber den Erfolg muß demnächst Bericht erstattet werden, so daß jedem, der sich dafür interessiert, Gelegenheit gegeben wird, sich darüber zu informieren. Gleichfalls auf Antrag der Sozialdemokraten wird aus den Staatsforsten zum Bau von Wohnungen für die Landarbeiter Holz zu Vorzugspreisen abgegeben; die Gemeinden, die Waldungen besitzen, und die Besitzer von Privatwaldungen wurden aufgefordert, zu dem genannten Zweck gleichfalls das Holz zu billigerem Preise abzugeben.

Die staatliche Forstverwaltung ist weiter auf Antrag der Sozialdemokratie verpflichtet worden, Land, das sich in ihrem Besitze befindet, in erster Linie den Forstarbeitern

zur Eigenbewirtschaftung zu verpachten.

Hier wird mancher Waldarbeiter sich, wenn auch nur durch eigene mühsame Arbeit, als Selbstversorger gegen manchen Mangel an Lebensmittel schützen können.

So ist ein Anfang mit der Linderung des Landarbeiterelends gemacht worden, ein schwacher Anfang, aber ein Anfang doch. Sich mehr zu erringen, ist Sache der Landarbeiter mit Hilfe des Deutschen Landarbeiterverbandes und der Sozialdemokratie. Niemand war in Preußen vor der Revolution so mächtig, wie die Ausbeuter der Landarbeiter. Für den Landarbeiter lautet die Parole: **Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Jede Stimme der Sozialdemokratie!**

Sozialdemokratie gegen Kahr.

München, 15. Februar. (DA.) Die Sozialdemokraten übten gestern in einer stark besuchten Massenversammlung, in der der Vizepräsident des bayerischen Landtages, Auer, das Wort ergriff, schärfste Kritik an der Regierung Kahr. Auer erklärte: „Kahr hat nichts getan, um zu einem Heimatschutz zu kommen, der, organisch in den Staat eingegliedert, nicht mißbraucht werden könnte. Er hat die Interessen eines kleinen Kreises gegen die Autorität des Reiches ausgespielt. Er hat damit das Wohl und den politischen Kredit des deutschen Volkes geschädigt und die Stellung der deutschen Unterhändler in London ganz erheblich erschwert. Hingegen hat er die Hoffnungen der französischen Chauvinisten, daß das Reich doch noch zerschlagen werden könnte, aufs neue belebt. Daß er den Landtag vollkommen auszuschalten versucht hat, das ist es, was ein geordnetes Staatswesen nicht ertragen kann. Das war eine Brüskierung, wie man sie sich schlimmer nicht denken kann." In einer Entschließung der Versammlung wird eine Politik verlangt, die das Mißtrauen, das überall gegen Bayern vorhanden sei, beseitigt.

Zu weit nach rechts!

München, 14. Februar. (TU.) Auf dem Parteitag des Bayerischen Bauernbundes erklärte der Reichstagsabgeordnete Eisenberger, daß in der bayerischen Politik Vorsicht geboten sei, weil norddeutsche Reaktionäre nach Bayern abgewandert seien, um unter dem Aushängeschild von Ruhe und Ordnung die Reaktion zu fördern. Es könne nichts schaden, wenn der Bayerische Bauernbund zum Ausdruck bringe, daß er nicht mit allem einverstanden sei, was die bayerische Regierung mache. Die Sache gehe zu weit nach rechts und neige zu sehr zur Reaktion. Diese Auseinandersetzungen wurden vom Parteitag mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Gegen die Priesdorff-Rache!

Der Verband der Polizeibeamten Preußens, dem zurzeit mehr als 30 000 Berufspolizeibeamte ganz Preußens angehören, hatte eine Aussprache mit den Vertretern folgender Verbände: 1. Vereinigung der höheren Polizei-Exekutivbeamten Preußens, E. V., Sitz Hannover; 2. Verband preußischer Landjäger-Beamten; 3. Arbeitsgemeinschaft der Polizei-Obersekretäre Preußens. Diese Aussprache führte zu folgender Entschließung:

„Wir erklären, daß von unserem Standpunkte aus die aus Anlaß der Entlassung des Geheimrats von Priesdorff gegen das Ministerium des Innern in der Tagespresse geführten Angriffe in keiner Weise berechtigt sind. Ganz besonders verurteilen wir aber, daß ein Teil der Tagespresse, insbesondere die „Berliner Morgenpost" und der „Berliner Lokalanzeiger", in bewußter Absicht die Sache in das politische Fahrwasser zu leiten versuchen. Diese Stellen geben damit der Auffassung der preußischen Berufspolizeibeamten von Pflicht und Recht eine Beurteilung, die dem Polizeibeamtenstande außerordentlich schadet, die Oeffentlichkeit über die wirkliche Sachlage irreführt und die wir auf das entschiedenste zurückweisen.

Der Vorstand des Verbandes. gez. Schrader, Vorsitzender."

Vielleicht merkt sich die liberal-reaktionäre „Morgenpost" diese Abfuhr!

Die Eisenbahn wird teurer.

Die Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 15. Febr. In der heutigen Sitzung des Sachverständigenbeirats des Reichsverkehrsministeriums machte Staatssekretär Stieler Ausführungen über die Frage der Erhöhung der Gütertarife. Die Defizitwirtschaft müsse angesichts der allgemeinen deutschen Finanzlage ungesäumt ein Ende gemacht werden. Die Sparmaßnahmen, die die Eisenbahnverwaltung energisch in Angriff genommen habe, reichten allein dazu nicht aus. Man habe nur die Wahl, die Fehlbeträge durch Steuern aufzubringen, oder die Einnahmen den Ausgaben durch Tariferhöhungen anzupassen. Die Reichsregierung habe sich für das letztere entschieden, und auch der Tarifausschuß des Wirtschaftsbeirats habe sich dafür ausgesprochen. Der Gesamtfehlbetrag für 1920 werde vermutlich 15,24 Milliarden betragen. Im Haushaltsentwurf für 1921 seien vor allem die Ausgaben energisch herabgesetzt worden, allein der Eisenbahnverwaltung seien hierbei durch die Verhältnisse ziemlich enge Grenzen gezogen. Der Haushaltsentwurf für 1921 sehe an Ausgaben 31,18 Milliarden vor. Die Einnahmen seien auf 16,8 Milliarden geschätzt, also auch hier ein Fehlbetrag von rund 14 Milliarden. Die ständige Tarifkommission habe auf Vorschlag der Eisenbahnverwaltung eine nach Tarifklassen abgestufte prozentuale Erhöhung von etwa 75 Prozent empfohlen. Danach würde der Güterverkehr eine Mehreinnahme von neun Milliarden Mark erwarten lassen.

In der eingehenden Aussprache, an der Vertreter aller Wirtschaftskreise sich beteiligten, wurde die Notwendigkeit einer starken Tariferhöhung von allen Rednern anerkannt, von vielen Seiten jedoch gegen eine Erhöhung um 75 Proz. starke Bedenken zum Ausdruck gebracht.

Unter Ablehnung eines Antrags aus der Versammlung auf Erhöhung aller Tarifklassen um 100 Prozent und der von der Eisenbahnverwaltung vorgeschlagenen Erhöhung um durchschnittlich 75 Prozent wurde mit großer Stimmenmehrheit der Antrag des Ausschusses der Verkehrsinteressenten auf Erhöhung der Gütertarife um durchschnittlich 65 Proz. auf vorläufig ein Jahr zur Durchführung empfohlen.

•

Erhöhung der Personentarife.

Berlin, 15. Febr. Heute morgen trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gütertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gütertarife ab 1. Dez. 1920, eine organische Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitssätzen aufbauen, die betragen werden:

für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5,
für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 58,5 Pfg. je Kilometer.

Gegenüber den Friedensfahrpreisen bedeuten diese Sätze eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 735 Prozent für die 1. Klasse. Demnach würde z. B. eine Reise von Berlin nach Hamburg künftig kosten:

38 Mk. (statt bisher 26,4) in der 4.,
57 Mk. (42,4) in der 3.,
95 Mk (70,—) in der 2. und
170 Mk. (156,6) in der 1. Klasse.

Für die Strecke Berlin—Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise:

71 Mk. (49,—) in der 4.,
106 Mk (78,—) in der 3.,
176 Mk. (129,6) in der 2. und
316 Mk. (291,6) in der 1. Klasse.

Die Schnellzugszuschläge werden unter Beibehaltung des bisherigen 3-Zonensystems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8 Mark, 16 Mark und 24 Mark in der 1. und 2. Klasse und auf 4 Mark, 8 Mark und 12 Mark in der 3. Klasse.

Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Der Magdeburger Kommunistenprozeß.

Magdeburg, 15. Februar. Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 30. Mai v. J. ist der Prozeß gegen den Kommunistenführer Albert Vater und Genossen wegen der hier und in Stendal aufgedeckten angeblichen Vorbereitungen für einen neuen Kommunistenputsch dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I übermiesen worden. Vater wurde vor einigen Tagen in das hiesige Militärgefängnis als Untersuchungsgefangener gebracht. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf „Bildung bewaffneter Banden" (§ 127 des Strafgesetzbuches) und Hochverrat.

Die Rosbach und Pfeffer laufen dagegen immer noch frei herum. Da kann das Vaterland ja ruhig sein!

Der 4. Köthener Putschprozeß.

Dessau, 15. Febr. Hier begann heute vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehr-Gruppenkommandos I Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmidt-Blanke-Berlin der vierte Köthener Putschprozeß. Angeschuldigt sind 25 Personen wegen Teilnahme an einer durch Verordnung des Reichspräsidenten verbotenen Organisation (Rote Armee). Die Beschuldigten sind zumeist Bewohner von Köthen. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich drei bis vier Tage in Anspruch nehmen.

Der russisch-polnische Schacher.

Die Rigaische Rundschau schreibt über den gegenwärtigen Stand der polnisch-russischen Verhandlungen: Die Verhandlungen schreiten langsam vorwärts, weil es sich in ihrem weiteren Verlauf um Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Natur handelt, in welchen die Parteien sich nicht einigen können. Besonders unversöhnlich ist der Standpunkt der beiden Parteien in der Goldfrage. Joffe erklärt sich einverstanden, Polen etwa 25 Millionen Rubel in Gold, sowie auch sieben Prozent der Summe von 300 Millionen erhobener Steuern zuzugestehen. Dombski forderte aber elf Prozent von 629 Millionen, was nach den Angaben der polnischen Sachverständigen der Betrag der Steuern sein soll. Am Schluß der Diskussion erklärte Joffe sich bereit, bis zur Summe von 30 Millionen zu gehen, wobei er gleichzeitig bemerkte, daß er bereit sei, die Verhandlungen über die Frage der Grenzregulierung aufzunehmen statt einer weiteren Erörterung der Wirtschafts- und Finanzfrage, die er für zwecklos hielt, da Rußland nicht weitere Zugeständnisse machen könne. Dombski antwortete, er könne von den Forderungen auf finanziellem Gebiet nicht ablassen, worauf die Sitzung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Ein Pflaster für Poincaré.

Paris, 15. Februar. Der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat den ehemaligen Präsidenten der Republik Poincaré zu seinem Vorsitzenden gewählt.

An die Bazillen der Welt!

Die Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft haben ein Schreiben an das Internationale Friedensbureau zu Bern gerichtet, worin sie darauf hinweisen, daß aus den Kreisen der Gesellschaft „schon zu einer Zeit, als noch die weitaus meisten Deutschen an einen deutschen Sieg

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

(5. Fortsetzung.)

„Schweig! du grober Gast! Was sind das für nichtswürdige Gedanken!" riefen die Aufrechten und Festen und schüttelten sich ordentlich. Aber Frymann fuhr fort: „Wie es dem Manne geziemt, in kräftiger Lebensmitte zuweilen an den Tod zu denken, so mag er auch in beschaulicher Stunde das sichere Ende seines Vaterlandes ins Auge fassen, damit er die Gegenwart desselben um so inbrünstiger liebe; denn alles ist vergänglich und dem Wechsel unterworfen auf dieser Erde. Oder sind nicht viel größere Nationen untergegangen, als wir sind? Oder wollt ihr einst ein Dasein dahinschleppen wie der ewige Jude, der nicht sterben kann, dienstbar allen neu aufgeschossenen Völkern, er, der die Aegypter, die Griechen und die Römer begraben hat? Nein! ein Volk, welches weiß, daß es einst nicht mehr sein wird, nützt seine Tage um so lebendiger, lebt um so länger und hinterläßt ein rühmliches Gedächtnis; denn es wird sich keine Nuhe gönnen, bis es die Tüchtigkeiten, die in ihm liegen, ans Licht und zur Geltung gebracht hat, gleich einem rastlosen Manne, der sein Haus bestellt, ehe er dahinscheidet. Dies ist nach meiner Meinung die Hauptsache. Ist die Aufgabe eines Volkes gelöst, so kommt es auf einige Tage längerer oder kürzerer Dauer nicht mehr an, neue Erscheinungen harren schon an der Pforte ihrer Zeit! So muß ich denn gestehen, daß ich alljährlich einmal in schlaflosester Nacht oder auf stillen Wegen solchen Gedanken anheimfalle und mir vorzustellen suche, welches Völkerbild einst nach uns in diesen Bergen walten möge? Und jedesmal gehe ich mit um so größerer Hast an meine Arbeit, wie wenn ich dadurch die Arbeit meines Volkes beschleunigen könnte, damit jenes künftige Völkerbild mit Respekt über unsere Gräber gehe! Aber weg mit diesen Gedanken und zu unserer fröhlichen Sache zurück! Ich dächte nun, wir bestellten bei unserm Meister Silberschmied einen neuen Becher, an dem er keinen Gewinn zu nehmen verspricht, sondern ihn so wertvoll als möglich liefert. Dazu lassen wir von einem Künstler eine gute Zeichnung entwerfen, welche vom gedankenlosen Schlendrian abweicht; doch soll er, wegen der beschränkten Mittel, mehr auf die Verhältnisse, auf einen schönen Umriß und Schwung des Ganzen sehen, als auf reichen Zierat, und der Meister Kuser wird danach eine saubere und solide Arbeit herstellen!"

Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Verhandlungen geschlossen. Sogleich aber nahm Frymann von neuem die Rede und trug vor: „Nachdem wir nun das Allgemeine erledigt, werte Freunde! so erlaubt mir, noch eine besondere Sache anzubringen und eine Klage zu führen, deren freundliche Beilegung wir nach alter Weise gemeinsam betreiben wollen. Ihr wißt, wie unser lieber Mann, der Chäpper Hediger, vier Stück hübsche muntere Buben in die Welt gestellt hat, welche mit ihrer frühen Heiratslust die Gegend unsicher machen! Drei haben denn auch richtig schon Weib und Kind, obgleich der älteste noch nicht siebenundzwanzig Jahre zählt. Nun ist noch der jüngste da, eben zwanzigjährig, und was tut der? Er stellt meiner einzigen Tochter nach und verdreht ihr den Kopf! So sind diese besessenen Heiratsteufel allbereits in den Kreis der engeren Freundschaft eingedrungen und drohen, dieselbe zu trüben! Abgesehen von der zu großen Jugend der Kinder gestehe ich hier mit Offenheit, daß eine solche Heirat gegen meine Wünsche und Absichten geht. Ich habe ein umfangreiches Geschäft und ein beträchtliches Vermögen; darum suche ich mir, wenn es Zeit ist, einen Tochtermann, welcher Geschäftsmann ist, ein entsprechendes Kapital hinzubringt und die großen Bauten, welche ich im Sinn habe, fortführt; denn ihr wißt, daß ich weitläufige Bauplätze angekauft habe und der Ueberzeugung bin, daß sich Zürich bedeutend vergrößern wird. Dein Sohn aber, guter Chäpper, ist ein Regierungsschreiber und hat nichts, als das spärliche Einkommen, und wenn er auch höher steigt, so wird dies nie viel größer werden, und seine Rechnung ist ein für allemal gemacht. Mag er dabei bleiben, er ist versorgt, wenn er gut haushält; aber eine reiche Frau braucht er nicht, ein reicher Beamter ist ein Unsinn, der einem andern das Brot vor dem Maul wegnimmt; zum Faulenzen aber oder zum Prösseln eines Unerfahrenen gebe ich mein Geld vollends nicht her! Dazu kommt noch, daß es gegen mein Gefühl geht, das alte bewährte Freundesverhältnis mit Chäpper in ein Verwandtschaftswesen umzuwandeln? Was? wir sollen uns mit Familienverdrießlichkeiten und gegenseitiger Abhängigkeit beladen? Nein, ihr Mannen, bleiben wir bis zum Tode innig verbunden, aber unabhängig voneinander, frei und unverantwortlich in unsern Handlungen, sind nichts da von Schwäher und Gegenschwäher und dergleichen Titeln! So fordere ich dich denn auf, Chäpper, im Schoße der Freundschaft zu erklären, daß du mich in meinen Absichten unterstützen und dem Beginnen deines Sohnes entgegentreten willst! Und nichts für ungut, wir kennen uns alle!"

„Wir kennen uns, das ist wohlgesprochen!" sagte Hediger feierlich, nachdem er eine lange Prise geschnupft; „ihr wißt alle, welchen Unstern ich mit meinen Söhnen hatte, obgleich es rührige und aufgeweckte Burschen sind! Ich ließ sie lernen, alles was ich wünsche selber gelernt zu haben. Jeder kannte etwas Sprachen, machte seinen guten Aufsatz, rechnete vortrefflich und besaß in übrigen Kenntnissen hinreichende Anfangsgründe, um bei einigem Streben nie mehr in völlige Unwissenheit zurückzusinken. Gott sei Dank, dachte ich, daß wir imstande sind, endlich unsere Buben zu Bürgern zu erziehen, denen man kein X mehr für ein U vormachen kann. Und ich ließ darauf jeden das Handwerk lernen, das er sich wünschte. Aber was geschieht? Kaum hatten sie den Lehrbrief in der Tasche, und sich ein wenig umgesehen, so wurde ihnen der Hammer zu schwer, sie dünkten sich zu gescheit für das Handwerk und fingen an, den Schreiberstellen nachzulaufen. Weiß der Teufel, wie sie es nur machten, die Schlingel gingen ab wie frische Wecken! Nun, man kann sie scheint's brauchen! Einer ist auf der Post, zwei sind bei Eisengesellschaften angestellt, und der vierte hockt auf einer Kanzlei und behauptet ein Verwaltungsbeamter zu sein. Kann mir am Ende gleich sein! Wer nicht Meister sein will, muß eben Gesell bleiben und Vorgesetzte haben sein Leben lang! Allein da ihnen Geldsachen durch die Hände gehen, mußten die sämtlichen jungen Herren Schreiber Bürgen stellen; ich selbst habe kein Vermögen, also habt ihr alle wechselsweise meinen Buben Bürgschaft geleistet, die sich ineinander gerechnet auf vierzigtausend Franken beläuft, dazu waren die alten Handwerker, die Freunde des Vaters, gut genug! Und wie meint ihr nun, daß mir zumute sei? Wie stehe ich euch gegenüber da: wenn nur einer von allen vieren einmal einen Fehltritt, einen Leichtsinn, eine Unvorsichtigkeit begeht?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0002

wurden uns kaum einer den katastrophalen Ausgang des Krieges voraussah, nicht bloß vor Annektionen, sondern auch vor den ungeheuerlichen Kriegsentschädigungsforderungen der Alldeutschen gewarnt wurde".

Dafür wird besonders eine Stelle aus dem Vorwort der Schrift: „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden" vom Oktober 1917 zitiert.

Dann heißt es weiter: „Gerade weil wir lange vor der Kriegsentscheidung den nach unserer Ueberzeugung dauernd die Beziehungen der Völker gefährdenden Forderungen unserer Imperialisten und Militaristen entgegengetreten sind, sind wir heute berechtigt, angesichts der Pariser Beschlüsse zur Entschädigungsfrage unsere Stimme zu erheben und uns insbesondere an die Pazifisten der Länder zu wenden, mit denen sich Deutschland im Kriege befunden hat."

Der Widerspruch gegen die Pariser Beschlüsse wird in den Hauptpunkten begründet und daran schließt sich die Anwendung: Wir als Pazifisten wünschen den Völkerfrieden und sehen in den Pariser Beschlüssen nur eine Nahrquelle für den Völkerunfrieden. Bleiben sie unverändert, so muß die Wirkung für Deutschland die sein, daß immer wachsende Schichten des Volkes sich aus Verzweiflung entweder dem Nationalismus oder dem Bolschewismus in die Arme werfen oder einem alle Produktion lähmenden Fatalismus verfallen. Jede dieser drei Möglichkeiten ist für das übrige Europa nicht weniger schlimm als für Deutschland selbst."

Das Schreiben läuft aus in einen Appell an die Pazifisten der übrigen Welt und in die Bitte an das Internationale Bureau, diese Kundgebung mit möglichster Beschleunigung zur Kenntnis der ihm angeschlossenen pazifistischen Organisationen zu bringen.

Der Kampf gegen die Reichsfarben.

Bekanntlich wurde von den Mehrheitsparteien der Nationalversammlung in Weimar die schwarz-weiß-rote Fahne, das Symbol der gestürzten Hohenzollernherrschaft, beseitigt und durch die schwarz-rot-goldene Fahne, die schon die Fahne des 48ziger Sturmjahres gewesen war, eingeführt. Seit einiger Zeit laufen die Rechtsparteien gegen die Reichsfarben Sturm, und mit Behagen wird ein Artikel der spanischen Zeitung „Dia rio de Galizia", zum Abdruck gebracht, in dem der „weltbekannten Flagge schwarz-weiß-rot" eine Huldigung dargebracht wird und an dessen Schluß es heißt:

„Diese so in aller Welt bekannte Flagge muß von der deutschen Republik aufrecht erhalten werden. Wir betonen dies, weil uns zu Ohren gekommen ist, daß der Vorschlag gemacht ist, diese Flagge zu ändern. Es gibt Flaggen, die weder monarchisch noch republikanisch sind. Sie verständlichen einfach das Vaterland, und dies trifft auf Deutschland zu. So wie die Flagge ist, ist sie bekannt, bewundert und in der ganzen Welt aufgenommen. Wird das auch der Fall sein, wenn man sie jetzt ändert? Nein, denn dann wird es sich um eine neue Flagge handeln ohne Tradition, ohne festen Boden; eine Flagge, die an nichts erinnert und der man aus diesem Grunde keine Sympathie entgegenbringen wird."

Es handelt sich in diesem Artikel wie ersichtlich, um die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne für die Handelsflotte. Der Eifer, mit dem sich das spanische Blatt hierfür ausspricht, wird selbstverständlich von seinen nationalistischen Gesinnungsfreunden mit Begeisterung begrüßt. Wir können nicht behaupten, für die Fahne der gestürzten Monarchie auch nur die mindeste Sympathie zu empfinden, und die Leidenschaft, mit der sich die deutschen Parteien der Reaktion für sie einsetzen, mutet recht lächerlich und überflüssig an. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht für die Nationalwahlen ein Flugblatt, daß in gewaltigen Lettern die Ueberschrift „Preußen in Not" trägt. In beweglichen Worten wird die sozialdemokratische Mißwirtschaft, die seit zwei Jahren auf Preußen lastet, beklagt, ohne daß der Flugblattverfasser an die inbrünstigen Bitten denkt, mit denen dieselbe Deutsche Volkspartei die Sozialdemokratie am ihre Mitarbeit im Reiche bestürmte. Zerrüttungen ist die Autorität des Staates, so heißt es in dem Aufruf, erschüttert die Majestät des Gesetzes. Das ist nur zu wahr; die Autorität des Rechts ist in einer Weise erschüttert, wie wir es nie zuvor in Deutschland erlebt haben. Wer hat aber daran Schuld? Seit mehr als zwei Jahren häufen sich die Fehlsprüche der Gerichte gegen die Arbeiterschaft, und während notorische Mörder frei ausgehen, finden sich für geringfügige Vergehen von Arbeitern stets Ankläger und Richter. Der neueste Justizskandal, der aus Prenzlau gemeldet wird, ist hierzu eine treffende Illustrierung. Während die Begründer geheimer Waffenlager, die über uns die Gefahr schwerster Konflikte mit der Entente heraufbeschwören, nicht in Anklagezustand versetzt werden, werden Leute wegen Eigentumsvergehens verurteilt, die den Vorschriften des Entwaffnungskommissars folgten und die Waffen abliefern, auf mehrere Monate ins Gefängnis geschickt. Derartige Vorfälle müssen allerdings die Majestät des Gesetzes aufs empfindlichste erschüttern.

Kein Schulgeld für Volksschulen!

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt:

Durch eine Anzahl kleinerer Blätter geht die irreführende Notiz, daß die Regierung ernstlich mit dem Gedanken umgehe, in den Volksschulen die Erhebung von Schulgeld einzuführen. Obwohl der „Vorwärts" bereits darauf hingewiesen hat, daß diese Nachricht falsch ist, sei, um ihr endgültig den Garaus zu machen, auch noch amtlich festgestellt, daß die preußische Regierung an die Erhebung von Schulgeld in den Volksschulen nicht gedacht hat, und daß eine solche Erhebung für sie auch nicht in Frage kommt.

Die Ueberschichten im Ruhrrevier.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes äußert sich zu dem Ueberschichtenabkommen folgendermaßen:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß am Sonntag eine Konferenz der Vertrauensleute unseres Verbandes zur Ueberschichtenfrage Stellung genommen und beschlossen habe, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen und nicht zu erneuern. Diese Nachricht ist irreführend; denn es hat eine solche Konferenz für das ganze Ruhrgebiet noch nicht stattgefunden. Infolgedessen liegt auch noch kein endgültiger Beschluß in dieser Frage vor. Zugegeben soll aber werden, daß eine Reihe von Zahlstellen- und Belegschaftsversammlungen sowie auch einzelne Bezirkskonferenzen sich mit dieser Frage beschäftigt und die Einstellung der Ueberschichten verlangt haben. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Vorstand wird in allernächster Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Maßgebend dabei werden auch die Entschließungen sein, die auf der Internationalen Konferenz in London gefaßt worden sind. — Des weiteren teilt der Verbandsvorstand in einer Erklärung mit, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen dürften und bezweckten daß die Ausgabe von Lebensmitteln und sonstigen Zuwendungen nicht mehr auf den Zechen, sondern durch die Konsumgenossenschaften erfolgen wird. Es ist in Aussicht genommen, diese Neuregelung ab 1. März d. J. in Kraft treten zu lassen.

Wie man mit S. M. umging.

Am 14. Februar 1909 sprach das preußische Staatsministerium über die Wiederbesetzung der Stelle des Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Es wollte den damaligen Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. Dr. Johannes Miquel, den nachmaligen preußischen Finanzminister, dazu ernennen. Wilhelm II. war dagegen. In dieser Beratung sagte der Staatsminister Graf Herbert von Bismarck-Schönhausen, man sollte gegenüber Wilhelm II. die Bedenken gegen dessen Wunsch, einen anderen zu ernennen, überhaupt lieber nicht geltend machen,

„da man doch dem Wunsche Seiner Majestät zu entsprechen bereit sei. Andernfalls würde das Staatsministerium den Schein auf sich laden, als ob es unnötig Schwierigkeiten mache, denen eine entscheidende Bedeutung nicht zukomme, und damit für die Zukunft das Gewicht seiner Bedenken abzuschwächen".

Wenige Tage vor dem Sturz seines Vaters hatte also Herbert Bismarck nicht den Mut, in einer solchen Sache Wilhelm II. auch nur zu widersprechen, selbst wenn er sich ihm fügen wollte. So hat ministerielle Feigheit von Anfang an den Größenwahnsinn Wilhelms II. ins Unendliche wachsen lassen. Ist es da ein Wunder, wenn Wilhem II. sich zu der Landplage auswuchs, die er schließlich geworden ist?

Preußen muß gerettet werden!

Unter den zahllosen Flugblättern, mit denen die reaktionären Parteien gegenwärtig das preußische Volk überschütten, verdient ein Pamphlet erwähnt zu werden, als dessen Urheber die Deutschnationalen verantwortlich zeichnen. Aus den einleitenden Absätzen geht klar hervor, daß die Preußenwahl für die Rechtsparteien von geradezu fundamentaler Bedeutung ist, soll sie doch die Brücke für den Uebergang darstellen, der zur reinbürgerlichen Regierung führt — zunächst etwa nach dem Muster der gegenwärtigen Reichsregierung, um schließlich in ein konservatives Platzhaltertum für künftige Hohenzollern einzumünden. In dem Flugblatt ist sehr viel von Kultur und Gesittung, von Kunst und Wissenschaft die Rede, denen der gegenwärtige blutige Dilletantismus unter Führung des preußischen Kultusministers Hänisch gegenübergestellt wird. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang gern an die Ausführungen, die ein konservativer Parteiführer kürzlich in der „Konservativen Monatsschrift" machte und in denen er unvorsichtig genug ausplauderte, daß man im alten Preußen die Künstler und Gelehrten gewissermaßen als Sonderlinge und komische Käuze duldete und ein bescheidenes Dasein führen ließ. Der Ausspruch, ein preußischer KavallerieHauptmann sei fähig, jedes beliebige Amt zu verwalten, habe für Preußen volle Bedeutung gehabt. Es scheint an der Zeit, die Konservativen zu fragen, wie sie sich zu diesen Ausführungen stellen, und man braucht nur die Rolle zu vergleichen, die Fragen der Kunst, der Wissenschaft, der Schule usw. im alten und im gegenwärtigen Preußen spielten, um festzustellen, auf welcher Seite die wahren Kulturbestrebungen zu finden sind. — Schließlich stellt das deutschnationale Flugblatt an seine harmlosen Leser die Frage: „Wer hat die Zeitungen in den Händen, wer will Euch leiblich und seelisch verderben?" Wer die Zeitungen in Händen hat, könnten die Deutschnationalen leicht erfahren; sie brauchten sich hierzu nur bei ihrer Schwesterpartei, der Deutschen Volkspartei, zu erkundigen, und diese wird nicht verfehlen, mit Stolz auf ihr führendes Mitglied, Herrn Stinnes, den deutschen Zeitungsmagnaten, hinzuweisen und den Fragern die hoffentlich befriedigende Antwort zu erteilen. Wenn die Deutschnationalen den Ruf anstimmen: Preußen muß gerettet werden, so haben wir gegen diese Wahlparole nicht das mindeste einzuwenden. Wenn es bisher gelungen ist, Preußen aus dem reaktionärsten in das fortgeschrittenste Staatsgebilde umzuwandeln, so haben wir nur alles Interesse daran, diesen Entwicklungsprozeß durch deutschnationale Intermezzis nicht hemmen zu lassen. Die preußischen Wähler, die den Wunsch, nach Rettung Preußens erfüllen wollen, haben dementsprechend die Pflicht, ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei zu geben.

Abgebrochener Streik. In einer Versammlung der Berliner Arbeitnehmer der Blusen- und Kleiderkonfektion wurde beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit in sämtlichen Betrieben heute wieder aufzunehmen. Der Streik in der Herrenkonfektion dauert noch fort.

Aus aller Welt.

Georg Kaiser verurteilt.

Aus München wird unter dem 15. Februar gemeldet: In dem Prozeß gegen den Dichter und Schriftsteller Georg Kaiser und seine Frau wurde soeben das Urteil gefällt. Georg Kaiser wird wegen Unterschlagung in drei Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, worauf vier Monate Untersuchungshaft in Abrechnung kommen. Margarete Kaiser wurde von der Anklage wegen Unterschlagung und des Diebstahls in einem Falle freigesprochen, wegen eines Diebstahls in einem anderen Falle zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, worauf ein Monat Untersuchungshaft in Abrechnung kommt. Georg Kaiser wird für die Strafe von sechs Monaten, der Margarete Kaiser für die ganze Strafe Bewährungsfrist zugebilligt.

Berlin. Ueberfall. Laut „Voss. Ztg." wurde in Landsberg a. d. Warthe der Hauptmann Bentwitz aus Berlin, der in einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei gesprochen hatte, auf dem Heimwege von Kommunisten durch Messerstiche und Schläge über den Kopf schwer verletzt. (Die Meldung ist mit Vorsicht zu genießen. D. Red.)

Siegen, 15. Februar. Ganz wie vor 300 Jahren! Eine Räuberbande schlimmster Art, die seit Ausbruch der Revolution im Siegerland und Westerwald unter Androhung des Erschießens bei Landwirten ganze Ladungen Mehl, Getreide usw. erpreßte, wurde hier verhaftet. Die Verbrecher, deren Hauptanführer ein Gastwirt und ein Techniker waren, sind sämtlich im Siegerland und Westerwald wohnhaft.

Kleines Feuilleton.

Mit dem Rade in den Tod.

Zu diesem Artikel in der Mittwochs-Nummer schreibt uns ein Mitarbeiter der Volksstimme:

Ueber diese traurige Begebenheit gibt es noch verschiedene Lesarten. Wenn ich nicht irre, ist der Vorfall 1898 geschehen. Ich war zwei Jahre darauf in Norwegen auf einer Fußtour von Odde nach Christiania. Von Odde aus ging ich den Fluß, der sich hier in den Fiord ergießt, aufwärts und kam auch zu der Stelle, wo nach der von Wilhelm II. und dem Offiziertorps der „Hohenzollern" errichteten Gedenktafel der Leutnant von Hahnke verunglückt sein soll. Die Darstellung der Gegend, die die von Ihnen abgedruckte Abhandlung aus dem „Strand Magazine" bringt, ist nicht ganz zutreffend. Neben der nur schmalen und steilen Fahrstraße tobt der Fluß über Felsgeröll dahin. Der Lotefoss (Foß heißt norwegisch Wasserfall) liegt weiter oberhalb dieser Stelle, so daß es unzutreffend ist, daß Hahnke von der Spitze der den Wasserfall umgebenden Felsenwand herabgestürzt sein soll. Die Unfallegende beruht darauf, daß Hahnke auf der ziemlich steilen Straße mit seinem Rade heruntergefahren sei, die Gewalt über das Rad verloren habe und bei einer Biegung der Straße in den Fluß gesaust sei. Wenn auch der Fluß nicht sehr groß ist, so hat doch hier sein Wasser große Gewalt, so daß jemand, der hineinfällt schwerlich lebend wieder herauskommt. Mich interessierte natürlich die Stelle, weil ich wußte, daß man vor zwei Jahren in Berlin von einem Selbstmord unter besonderen Umständen erzählte. Es schien mir nach der örtlichen Lage ein Unglücksfall völlig ausgeschlossen. Später sprach ich in der in der Nähe belegenen Ortschaft Hibel beim Landbündler mit Ortseinwohnern über die Sache. Es wurde mir da erzählt, der deutsche Leutnant habe mit dem Kaiser eine „schwere Sache" vorgehabt, und nach den seltsamen Gesetzen der deutschen Offiziere habe er den Selbstmord verüben müssen. Daß der Selbstmord im Beisein anderer Offiziere geschehen ist, ist mir damals nicht mitgeteilt worden. Ich glaube nicht daran, denn ich hätte sonst darüber von den Einwohnern sicher etwas gehört. — Als mir später von meinen Bekannten in Christiania allerlei internationale Karikaturen über den Kaiser gezeigt wurden, kam ich auf die Hahnkesche Sache zu sprechen. Einer meiner Bekannten, ein norwegischer Schiffsreeder, erzählte mir folgendes: Auf der Hohenzollern sei es manchmal hoch hergegangen. Bei einer solchen Gelegenheit habe der Leutnant von Hahnke in feuchtfröhlicher Stimmung einen Moment die Ehrfurcht vor dem Kaiser vergessen. Dieser habe ihn angefahren: „Aus meinen Augen elender Knecht!" und mit dem Zerbrechen des Säbels gedroht, worauf Hahnke erwiderte, des Kaisers Adel sei nicht älter als der der Hahnkes und dem Kaiser eine Ohrfeige gab. Hahnke wurde abgeführt und ihm von seinen Kameraden bedeutet, es bliebe ihm nur ein Selbstmord übrig. Es wurde ihm Gelegenheit gegeben, mit einem Rade davonzugehen, wobei man die bestimmte Erwartung aussprach, ihn lebend nicht wieder zu sehen. In Norwegen sei die Sache zwar bekannt geworden, da aber der Kaiser als regelmäßiger Besucher des Landes, der den Reiseverkehr belebt habe, dort beliebt sei, hätten die Zeitungen das ganze Vorkommnis totgeschwiegen, auch der gewöhnliche ausländische Tourist erfährt darüber nichts. Ob diese Schilderung meines Bekannten zutrifft war schwer festzustellen. Soviel scheint jedoch richtig zu sein, daß der Kaiser unberechtigt den Leutnant reizte, so daß dieser sich an ihm in der Erregung vergriff, daß dieses „Verbrechen" an der geheiligten Majestät nur durch den Tod des Sünders gesühnt werden konnte und man zur Erreichung dieses Zweckes und um den Kaiser nicht zu blamieren, einen Unglücksfall vortäuschte, zu dessen Ausführung der bedauernswerte Leutnant infolge der schnurrigen Ehrbegriffe der Offiziere bereit war.

F. Sch.

Anpassung der Planktontiere an das Wasserleben.

In der letzten Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins für Sachsen und Thüringen, die im zoologischen Institut der Universität stattfand, sprach Herr Privatdozent Dr. Alverdes über die „Anpassung der Planktontiere an das Wasserleben". Konservierte Material, Bilder und Skizzen ergänzten den interessanten Vortrag.

Zunächst besprach Redner die Begriffe der Zweckmäßigkeit und der Anpassung. Er betonte, daß es eine Verarmung unserer Vorstellungswelt bedeuten würde, wenn wir die Betrachtung der in der Natur uns auf Schritt und Tritt begegnenden Zweckmäßigkeiten ganz aus der Forschung verbannen und nur mehr die Erörterung meß- und wägbarer Ursachen und Wirkungen zulassen wollten, wie dies die streng kausale Richtung fordert. Nachdem kurz der verschiedenen Theorien gedacht worden war, die die Zweckmäßigkeiten in der lebenden Welt erklären sollen, wurde genauer auf die mannigfachen Anpassungen der Planktontiere an ihr heimisches Element eingegangen. Im „Plankton" tut sich eine auch dem Laien hochinteressante Wunderwelt kleiner und kleinster pflanzlicher und tierischer Lebewesen auf, die sich entweder aktiv durch das sie umgebende Wasser bewegen oder sich auch willenlos von der Strömung treiben und tragen lassen. Die Planktonten mit Eigenbewegung hat Haeckel auch mit „Nekton" bezeichnet. Zuerst hat sich Johannes Müller um 1845 mit der interessanten Lebewelt eingehender beschäftigt, die je nach der Art und Tiefe des Wassers höchst verschieden sein kann. Wichtig ist es für die Forschung, dem Problem der Schwebefähigkeit der Organismen nachzugehen, die an sich meist schwerer als das Wasser sind. Ihm gleich an spezifischem Gewicht oder leichter können sie durch Gehalt an Fett, Oeltropfen oder Gasen werden. Auch Oberflächenvergrößerungen durch Schwimmblocken, Schwebfortsätze oder Borsten kommen den Planktonwesen zu statten. Freilich können solche Schwebhilfen der Eigenbewegung auch hinderlich werden. Bei einem Kleinwesen (Ceratium tripos) beobachtet man die merkwürdige Erscheinung, daß es beim Kälterwerden des Wassers sich der Schwebfortsätze als unnötig entledigt, diese bilden sich in wärmerem Wasser wieder neu. Eine Vertreterin der Röhrenquallen (Velella) hat ein luftdurchzogenes Segel ausgebildet, durch das sie weitergetrieben wird. Bei Kleinkrebsen findet man Oeltropfen als Schwebmittel, manchmal auch Fiederborsten, und auch die Jugendformen der höheren Krebse haben Schwebstacheln. Die Tintenfische bewegen sich durch den Rückstoß des ausgepreßten Atemwassers, wobei die Schwimmrichtung durch die Haltung des Ausstoßrohres geändert werden kann. Mirbeltiere bewegen sich meist aktiv im Wasser, ihre Eier dagegen treiben rein passiv dahin, manche tragen auch Schwebvorrichtungen. Hochintere ant ist die Wechselbeziehung zwischen Auge und Ruderfüßen (Antennen) bei dem bekannten Wasserfloh (Daphnia), was der Vortragende ausführlich darlegte. Mancherlei Gedanken hat man sich über die Anpassung und Zweckmäßigkeit der Färbung der Planktontiere gemacht, ohne jedoch zu überzeugenden Ergebnissen gelangt zu sein. Je tiefer der Forscher überhaupt in das mannigfache Leben der Natur eindringt, um so mehr wird es ihm klar, daß noch viele Probleme der Lösung harren und die Welträtsel längst nach nicht gelöst sind.

Provinzialmuseum. Mittwoch, den 16. Februar, 8 Uhr abends: Museumsabend. „Wissenschaft, Religion und Weltbild in der Vorzeit?" Eintritt frei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0003

München, 15. Februar. **Doppelmord.** Auf der Straße von Weilheim nach Paehl wurde gestern nachmittag ein Auto angetroffen, dessen beide Insassen durch Schüsse getötet waren. Nähere Angaben fehlen noch.

Hirschberg (Schlesien), 15. Februar. **Der Doppelmord auf Schloß Klappelsdorf.** Wegen des Doppelmordes auf Schloß Klappelsdorf ist dem Boten aus dem Riesengebirge zufolge der Onkel der ermordeten Rittergutsbesitzerin, ein gewisser Peter Grupen aus Berlin, unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet worden. Die sechzehnjährige Besitzerin des Schlosses, Dorothea Rohrbeck, alleinige Erbin von drei Rittergütern, wurde von dem Dienstmädchen in ihrem Zimmer durch mehrere Schüsse in Hals und Brust verletzt tot aufgefunden. Im selben Zimmer wurde die auf dem Schloß zu Besuch weilende zwölfjährige Cousine der Rohrbeck, Ursula Schade aus Berlin, mit einem Schuß über dem rechten Auge schwerverletzt aufgefunden; sie ist zwei Stunden darauf ihren Verletzungen erlegen. In demselben Zimmer fand man einen Damenrevolver, der jedoch noch gesichert war. In der Tasche der Schade wurde ein Brief an ihre in Berlin wohnende Großmutter aufgefunden, in dem das Kind mitteilt, daß es die Rohrbeck und dann sich selbst erschießen werde. Der nunmehr verhaftete Grupen hatte gleichfalls zu Besuch auf dem Schlosse geweilt.

Literatur.

„Staatsbankerott oder sozialdemokratische Steuerpolitik." Unter diesem Titel erschien soeben bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine beachtenswerte Schrift von Gustav Petersmann (Preis 1.50 M.), der sich darin entschieden für die Durchführung der von den Sozialdemokraten in der Reichsregierung verfochtenen Steuerpolitik einsetzt. Er zeigt die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen in der Finanzwirtschaft nach dem Kriege. Ausführlich geht er auf die Notwendigkeit der Besitzsteuern ein und kennzeichnet dabei das Verhalten der reaktionären Parteien, die sich hartnäckig gegen die Erfassung des Besitzes gewehrt haben. In volkstümlicher Schreibweise und durch ein umfangreiches Tatsachenmaterial malt sich in dieser Schrift die riesengroße Not der deutschen Volkswirtschaft, die unweigerlich zum Staatsbankerott führen muß, wenn die Besitzenden nicht rasch und durchgreifend zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht gezwungen werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die elsaß-lothringischen Pensionen.

Berlin, 15. Februar. Im Auswärtigen Amt hat gestern der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen vom 3. 3. 20 stattgefunden.

Die Veröffentlichung des hierauf bezüglichen Gesetzes und des Wortlauts des Abkommens im Reichsgesetzblatt wird binnen kurzer Frist erfolgen.

Die amerikanischen Milchkühe kommen.

Berlin, 15. Februar. Die technischen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich bisher einer glatten Lösung der Schenkungsangelegenheit der amerikanischen Milchkühe entgegenstellten, konnten nunmehr in der Hauptsache behoben werden. Der Minister für Ernährung und Landwirtschaft war in der Lage, die erforderlichen Mittel für den Seetransport der Kühe zur Verfügung zu stellen und seine Ermächtigung zur Absendung folgenden Telegramms an das amerikanische Hilfskomitee zu geben:

„Schiffsraum wird durch uns gechartert. Der nächste Transport wird voraussichtlich durch die West Arrow ausgeführt werden. Weitere Nachrichten folgen. Auslandshilfe."

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil Hans Här; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

Weizengries und Milchsüßspeise. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in der nächsten Woche zum Verkauf gelangenden Weizengries und Milchsüßspeise vom 17. bis 19. Februar abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 18. und Sonnabend den 19. d. Mts., von 9 Uhr vormittag an findet in unserem Fundbüro hier, Thielenstraße Nr. 1, öffentl. Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.

Freitag zwischen 12 und 1 Uhr mittags kommen einige Fahrräder zum Verkauf.

Eisenbahndirektion.

Weißenfels

Bekanntmachung.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 4. ds. Mts., betr. Wahlen zum Preußischen Landtag und zum Provinziallandtag, ernennen wir hiermit

für den Bezirk 17

Herrn Magistratsassistent Emil Kühn, Leopold-Kellstr. 8, zum **stellver. Wahlvorsteher.**

Weißenfels den 14. Februar 1921.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

für die

Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die von den Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter irrtümlich **an den**

Verband der Kopf- u. Handarbeiter

gezahlten Beiträge werden angerechnet, wenn die Erklärung, daß die Mitgliedschaft aufrechterhalten wird, vor dem 1. März 1921 abgegeben ist.

Der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Halle a. S., Dryanderstraße 10.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 10. Febr., Anfg. 7½, Ende 10 Uhr:

Der Corregidor

Freitag,

Pension Schöller.

B. B.B. Beth's Bunte Bühne

Erstes Kabarett am Platze.

Alle Künstler mit neuem Repertoir

Voranzeige: Sonntag, den 20. von 11–1½ Vorm.

Gr. Wohlfahrts-Matinee.

Neu! Neu!

Soeben erschienen!

Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff

Warum sind die §§ 218 und 219 des St.-G.-B. ein schweres Unrecht an werdenden Müttern

Aufklärungsschrift über die Abtreibungsparagraphen

von Dr. Kronheim
Arzt in Brandenburg (Havel)

Anerkannt von bekannten Persönlichkeiten

Preis Mk. 1.50

Zu beziehen durch:

Buchhdlg. Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

Erklärung!

In dem gestern von der **Hallischen Zeitung** veröffentlichten Artikel der Abelangelegenheit wurde mein Name mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht.

Ich bin während dieser Zeit überhaupt nicht in Halle gewesen und sind infolgedessen die Angaben der Hallischen Zeitung erlogen. Ich habe gegen dieselbe Strafantrag gestellt.

Felix Felixbrodt.

Reparaturen an Uhren
Gold- und Silberwaren, sowie **Schmucksach.** übernimmt bei solid Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,**
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85.
(gegenüber Barfüßerstraße).

Sozialdemokratische Partei (SPD.)
Wahlbüro für die Mansfelder Lande
Eisleben, Hallischestr. 69 (Gambrinushalle)
Telephon Nr. 586.
Alle die Wahl betreffenden Anfragen (Abhaltung von Versammlungen, Flugblätter, Stimmzettel) sind an das Wahlbüro zu richten.

Rolladen Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl. Brauhausstr., Fernspr. nur noch 5849.

Original Nordhäuser Kautabak
von Hanewacker und Grimm & Triepel.
Für Wiederverkf. z. Original-Fabrikpreis.
Ganz frisch, alle Stärken vorrätig.
Leipziger Tabakhaus, Halle (Saale),
Inh.: Julius Loeb. Telephon 4721.
Hauptgeschäft u. Versand: **Mauerstr. 1,** Ecke Steinweg.

Leder-Ausschnitt
Mass-Schäfte
in bester Qualität, billigste Preise.
Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
F. Noah
Leipzigerstrasse 16, Ecke Gr. Sandberg. Café Zorn gegenüber.

Holzpantoffeln
starkes Lederblatt
(Friedensware)
liefert billigst
Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Erklärung!

Der in der **Hallischen Zeitung** geschilderte Vorgang mit dem Herrn Kaufmann **Schmidt**, entbehrt durchaus jeder Richtigkeit. Die Entscheidung des Herrn Amtsanwalts besagt bereits auf welcher Seite die Schuld liegt.

Mit der im gleichen Artikel in Verbindung gebrachten Abelangelegenheit habe ich nichts zu tun und habe infolgedessen gegen den Redakteur der Hallischen Zeitung Strafantrag bei der Hallischen Staatsanwaltschaft wegen verleumderischer Beleidigung gestellt.

Herrmann Felixbrodt.

Wollen Sie sich retten, ich bringe Ihnen schnelle Hilfe!
Ohne jede Berufsstörung gebraucht die **kluge Frau** mein wirksames Spezialmittel bei **Regel- u. Blutstockungen.** **Höchste Garantie** für Unschädlichkeit. Erfolg schon in 2–3 Tagen. **Geld zurück.** Viele Dankschreiben vorhanden, welche die Güte und Wirkung meines Spezialmittels erweisen. Schützen Sie sich vor minderwertigen Nachahmungen, die von allen Seiten durch große Reklame angeboten werden und wenden Sie sich, wenn Ihnen wirklich geholfen sein soll, unter Mitteilung, wie lange Sie schon leiden, vertrauensvoll immer nur an **B. Böcker** diskreter Versand **Hamburg, Neue ABC-Str. 18, II**

Konfirmanden-Anzüge
nur aus echten blauen Cheviot-Qualitäten, auch nach längerem Tragen noch echt in Farbe und tadellos im Sitz, nur eigene Fabrikate. Einreihig – Zweireihig und Sportform.

Preise:
Mk.
295.—
325.—
375.—
425.—
450.—
475.—
500.—
525.—
550.—
575.—

Beachten Sie bitte meine Schaufenster, auch ist die Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.

Lehrlings-Bekleidung für alle Berufe.

Kleiderfabrik Julius Hammerschlag,
36 Gr. Ulrichstraße 36 nahe d. Alt. Promenade.

Fische bedeutend billiger!
Heute eintreffend:
1 Waggon grüne Heringe,
ungesalzen, ca. 3–4 Stück auf ein Pfund,
Pfd. nur 2.20 Mk.
1 Waggon feinste große Schwedenbücklinge
Pfund nur 4.00 Mk.
5 Pfund-Kiste 18.00 Mk.
Donnerstag früh eintreffend:
1 Waggon billige Seefische
Kabeljau ohne Kopf Pfd. nur 2.70 Mk.
Seelachs ohne Kopf Pfd. nur 2.60 Mk.
Lengfisch ohne Kopf Pfd. nur 2.60 Mk.
Schellfisch Pfd. nur 2.10 Mk.
Schnellster Versand zu Engros-Preisen.
Falckes Fischhandlung,
Leipzigerstraße 35 u. 92. Telephon 6881.

Schweine-Mastfutter,
Geflügelfutter usw. in feinster Qualität gibt in grossen und kleinen Posten ab
„Eiverge" e. G. m. b. H.
Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 5.

Gebt Euren Kindern Kinder-Nähr-zwieback
aus feinst. weiss. Mehl
W. Große,
Goethestrasse 7.

Nur
allerfeinstes reines weißes
Schweine-Schmalz
frische, feinste
Margarine
köstlicher Buttergeschmack.
F. H. Krause
in allen Filialen.

Bettnässen
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Versandhaus Urania
München B 322
Waltherstr. 38.

Gesangbücher!

nur haltbare Einbände in allen Preislagen empfiehlt
Albin Hentze
24 Schmeerstr. 24.

Der Pfaffenspiegel
Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch katholischen Kirche
von
Otto v. Corwin.
Diese lange Zeit vergriffen gewesene geschichtliche Historie aus dem Pfaffen- und Klosterleben ist neu bearbeitet und mit dem früher verboten gewesenen Stellen ergänzt in einem schönen Bande, 375 Seiten stark, gesammelt zum Preise v. 15 Mk. zu haben in der
„Buchhandlung der Volksstimme",
Gr. Ulrichstraße 27.

Mietsgesuche

Möbl. Zimmer
von 2 Beamten zu mieten gesucht, möglichst im Paulusviertel. Offerten unter **V. St. 43** an die Expedition dieser Zeitung.

Starke dauerhafte Rucksäcke
sehr preiswert bei
H. Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur
Schmeerstr. 19

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Verein Halle.

Die für Donnerstag abend in Wilsdorfs Gesellschaftshaus geplante Versammlung fällt aus. Dafür findet die dringende Wahlarbeit statt, wozu sich alle Mitglieder und Freunde unserer Sache sofort bei den Distriktsführern melden wollen.

Ebenso wollen sich die Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit an Wahltage schnellstens bei den Distriktsführern oder im Wahlbureau, Gr. Ulrichstraße 27, melden.

Distrikt 8 und 8a. Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr in der Bernhardnhalle wichtige Sitzung.

7a. Distrikt Cröllwitz. Die Genossen werden gebeten, am Mittwoch abend zwischen 8 und 9 Uhr die Flugblätter, die zur Verteilung kommen, im Distriktslokal abzuholen.

Der Distriktsführer.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 16. Februar 1921.

Die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hatte Donnerstag, den 10. Februar 1921, eine Gemeindetechnikerversammlung nach Bauers Restaurant einberufen, die von den Gemeindetechnikern der Stadt Halle zahlreich besucht war. Gewerkschaftssekretär Hornbostel (Berlin) sprach über die „freigewerkschaftliche Beamtenbewegung".

Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Beamtenbewegung" unter der Monarchie, erläuterte der Redner die Beamtenbewegung von der Revolution bis jetzt. Während der ersten Zeit, im Frühjahr 1919, sich unter der Beamtenschaft das unverkennbare Bestreben zeigte, mit der Arbeiterschaft einsam in allen Fragen vorzugehen, hat nach den Reichstagswahlen ein deutlicher Ruck nach rechts eingesetzt. Am meisten reagiert haben auf diese Bewegung die Gemeindebeamten-Organisationen, die heute den rechtesten Flügel des Deutschen Beamtenbundes bilden. Der „Bund der technischen Angestellten und Beamten" hatte im Frühjahr v. J. zusammen mit dem „Verband der Berufsfeuerwehrmänner", dem „Deutschen Feuermeister-Verband" und dem „Verband der Polizeibeamten" einen Versuch gemacht, in einem Kartellverhältnis mit dem Kommunalbeamten-Verband Preußens" die Beamtenschaft zu einem Zusammengehen mit den freien Angestellten- und Arbeiterorganisationen zu erziehen. Dieser Versuch scheiterte an der reaktionären Haltung des Führers des Kommunalbeamten-Verbandes. Nach einer ganzen Reihe recht unerquicklicher Auseinandersetzungen mußte daher im Dezember v. J. dieses Verhältnis wieder aufgelöst werden.

Die drei genannten freigewerkschaftlichen Organisationen der Techniker, Werkmeister und Feuerwehrmänner schlossen sich jetzt mit dem „Zentralverband der Angestellten" und dem „Staats- und Gemeindearbeiter-Verband" zu einer „freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände" (Faka) zusammen. Der grundsätzliche Unterschied zwischen der „Faka" und dem Gemeindebeamten-Verband besteht in der Stellungnahme zu den Wirtschaftsfragen. Der Gemeindebeamten-Verband glaubt zu Fragen der Wirtschaftspolitik nur dann Stellung nehmen zu müssen, wenn sie den Beamten an sich berühren, und wenn die Stellungnahme nicht kollidiert mit irgend welchen politischen Parteien. Er will auch mit den Arbeiter- und Angestellten-Organisationen zusammengehen, jedoch nur von „Fall zu Fall" und dann je nach der Konjunktur mit allen Richtungen der übrigen Arbeiterschaft, ein Standpunkt, der dem der christlich-Dunckerschen Gewerkschaften sehr nahe kommt. Im Gegensatz zu dieser sehr bequemen Auffassung sind die freien Gewerkschaften der Meinung, daß wirtschaftspolitische Fragen in den Gewerkschaften zu behandeln sind, weil bei Behandlung dieser Fragen die wirtschaftliche Abhängigkeit der Person eine entscheidende Rolle spielt. Die freien Gewerkschaften fassen ihre parteipolitische Neutralität dahingehend auf, daß sie zu Wirtschaftsfragen ohne Rücksicht auf politische Parteien, von reinem Arbeitnehmerstandpunkt aus Stellung nehmen, und diese so gewonnene Stellungnahme sowohl von ihren Gewerkschaften aus, als wie durch die Mitgliedschaft in den einzelnen politischen Parteien zur Durchsetzung zu bringen versuchen. Aus dieser Erwägung heraus ergibt sich, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte in Wirtschaftsfragen als einheitliche, geschlossene Front zueinander gehören, da sie alle drei, Arbeitnehmer im weitesten Sinne des Wortes sind.

Die Gemeindebeamtenverbände sind eine Betriebsorganisation mit dem Grundsatz, daß jeder im Gemeindedienst Tätige in der Linie Beamter sei und erst dann Angehöriger einer bestimmten Berufsgruppe. Demgegenüber sind wir der Meinung, daß der Beruf zunächst das maßgebende für die spätere Stellung als Beamter ist und daß die richtige Wertung der in der Minderzahl befindlichen technischen Berufsgruppen nicht erfolgen kann in einer großen Sammelorganisation, sondern daß eine gerechte Wertung der technischen Arbeit nur möglich ist in einer Arbeitsgemeinschaft der Berufsorganisation. Als markantes Beispiel unter hier die Lehrergewerkschaften gelten, die niemals den Anschluß an eine Verwaltungsbeamtenorganisation gesucht haben und trotzdem mit großem Erfolg ihre Interessen bei der Besoldungsreform zur Durchsetzung gebracht haben. — Den freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten wird ferner vorgeworfen, daß sie Gegner des Berufsbeamtentums seien. Redner wies eingehend nach, daß dieser Vorwurf ganz und gar unberechtigt sei. Die freigewerkschaftlichen Verbände schützen voll und ganz die ja auch in der Reichsverfassung verankerten Rechte des Berufsbeamtentums. Es sind nur der Auffassung, daß diese Rechte nicht Vorrecht einer bestimmten Klasse von Arbeitnehmern sein dürfen, sondern daß die Ausdehnung der günstigen Beamtenrechte in weitgehendem Maße auf Angestellte und Arbeiter, also alle übrigen Arbeitnehmergruppen erfolgen muß. Durch eine derartige Stellungnahme wird jedoch die Stellung des Berufsbeamtentums nicht im geringsten erschüttert. Es besteht somit gar kein Grund für die Beamtenschaft, sich abzusondern von der übrigen Masse der Arbeitnehmer, sondern durch die engste Arbeitsgemeinschaft, die auch in dem kommenden Beamtenrätegesetz ihren Ausdruck finden wird, muß erreicht werden, daß alle Berufsgruppen sich grundsätzlich über die Eigenart ihrer Auffassung verständigen und daß sie in gemeinschaftlicher Arbeit zusammen arbeiten und ihre Interessen vertreten. Daß dieser Weg der richtige ist, haben die Verhandlungen im Reichstag über die Teuerungszulagen am schlagendsten bewiesen. Nur durch die Hilfe der großen Arbeiterspitzen-Organisationen ist es den Beamten gelungen, die Erhöhung der Teuerungszulagen durchzusetzen. Aehnliche Fragen werden in nächster Zeit in solch steigendem Maße auf die Beamtenschaft eindringen und eine Stellungnahme von ihr fordern, daß die Entscheidung der Beamtenschaft über die freigewerkschaftliche oder eine andere Richtung unbedingt in Kürze fallen muß, da sonst die Beamtengewerkschaften zur Ohnmacht verurteilt werden, und dann die gesamte Beamtenschaft ein Spielball der Behörden und Parlamente sein wird, wie sie es ja leider vor dem Kriege in sehr hohem Maße war.

Auch die kommunalen Arbeitgeber haben sich in ihren Arbeitgeberverbänden und Städtetagen starke Interessenvertretungen geschaffen, denen wir nur gegenübertreten können, wenn auch die Beamten, Angestellten und Arbeiter in einheitlicher, geschlossener Front zusammenstehen und nicht in Mischmaschverbänden, sondern in Arbeitsgemeinschaften der freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen.

Die rege einsetzende Aussprache ergab eine Uebereinstimmung mit dem vom Referenten vorgetragenen Gedankengange. Die Versammlung war einmütig der Ueberzeugung, daß die nicht nur politisch, sondern auch gewerkschafts-neutrale Haltung der Beamtenorganisationen auf die Dauer unhaltbar geworden sei und zu einer klaren Scheidung dränge. — Die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung ist auf dem Marsche und wird sich durch keinen Widerstand mehr aufhalten.

GenossenundGenossinnen!

Heraus zur Wahlarbeit!

Meldet euch unverzüglich bei eurem Distriktsführer oder im Wahlbureau, Gr. Ulrichstr. 27. Die Distriktsführer werden um baldige Abholung des Wahlmaterials ersucht, soweit dieses nicht in die Wohnung bestellt ist.

Kommunistische „praktische" Tätigkeit im Deutschen Transportarbeiter-Verband Halle a. S.

Ein Mitglied des DTAV. schreibt uns folgendes:

Als Mitglied im Deutschen Verkehrsbund (Transportarbeiterverband) nahm ich an der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Halle am Mittwoch, den 9. d. Mts., im Volkspark teil. Was ich da hörte und sah, was zu „Beschlüssen" erhoben wurde, das spottete fast aller Beschreibung. Ich habe bisher immer angenommen, daß man sich wenigstens in Gewerkschaftsversammlungen noch als Mensch fühlen und danach handeln kann, bin aber in obiger Versammlung anders belehrt worden. Zuerst fand nach Eröffnung der Versammlung, eine von kommunistischer Seite geplante und durchgeführte Geschäftsordnungsdebatte statt, deren Vorsitzender die Mitglieder Bowitzky und Gustav Schmidt waren. Dieselbe währte über eine volle Stunde. Die ca. 300 Anwesenden standen sämtlich unter dem Banne des kommunistischen Terrors und der Ausführungen der beiden Redner, die sich fortwährend in ihren übereinstimmenden Anträgen und Anpöbelungen gegen die Verbandsleitung abwechselten. Ueber 4000 Mitglieder waren der Versammlung ferngeblieben. Die Anwesenden wurden als das Gros der Gesamtmitgliederschaft am Orte hingestellt. Die Abwesenden schalt man als Mitläufer und Indifferente. Beschlossen wurde satzungswidrig auf Antrag der kommunistischen Wortführer, daß Angehörige von Mitgliedern mit an der Versammlung teilnehmen konnten, daß weiter zwei wegen gemeiner Delikte aus dem Verband ausgeschlossene, ebenfalls der Versammlung mit beiwohnen durften. Ferner wurde ein Vortrag des anwesenden Bezirksleiters, über eine allgemeine wichtige Verbandsfrage, abgelehnt. Die gar nicht mögliche und auch nicht auf der Tagesordnung stehende Wahl von Ortsausschußdelegierten wurde zur Tagesordnung gestellt. Der wichtige Bericht über die Gesamttätigkeit der Verbandsleitung am Orte im Jahre 1920 mußte auf „Wunsch" der kommunistischen Sprecher innerhalb weniger Minuten erledigt werden. **Eine Entschließung, von Bowitzky vorgelegt, die dem Angestellten Kollegen Schlimme, das ärgste Mißtrauen ausspricht, weil er kein Moskaugänger geworden ist und weil er das Amt eines provisorischen Vorstandsmitgliedes im neuen Ortsausschuß angenommen hatte, wurde angenommen,** obwohl auch Bowitzky und Schmidt die Tätigkeit Schlimmes insbesondere lobend anerkannten.

Die Wahlen zur Ortsverwaltung wurden ebenfalls satzungswidrig vollzogen. Anstatt, wie beantragt, per Stimmzettel, wurden auf Antrag Schmidt die von ihm Vorgeschlagenen durch Handheben in Bausch und Bogen gewählt. Natürlich mit absichtlichen Ausnahmen, alles „waschechte" Anhänger der Moskauer Internationale. Kollege Schlimme wurde als 2. Bevollmächtigter nicht wieder bestätigt, dafür aber ein vorgeschobener Kollege aus dem Konsumverein namens Georges, der sich, wie es auch Schmidt tat, selbst vorschlug. Auch in der Revisionskommission wurden die von Schmidt Vorgeschlagenen auf diese Weise gewählt. Dasselbe geschah mit den von ihm vorgeschlagenen sog. Ortsausschußdelegierten. Alle diese Wahlen sind meines Erachtens nach nicht nur satzungswidrig vorgenommen, sondern auch in geradezu demagogischer Art. Die anwesenden Gegner des Geschehens hatten leider nicht den Mut, gegen solche Diktate zu stimmen und ihrer waren nicht wenig. Damit aber noch nicht genug. Unter dem Punkt „Verschiedenes" stellte Schmidt, ohne daß die Sache zur Tagesordnung stand, den Antrag, der aufgemachten kommunistischen Produktivgenossenschaft 5000 Mark aus den Mitteln des Ortsverbandes, also Mitgliedergelder, zur Verfügung zu stellen. Auch der Antrag wurde zum Beschluß erhoben. Ich hatte in jenem Augenblick im Sinne auch für die Partei, der ich angehöre, einen gleichen Antrag zu stellen, denn was einer recht ist, ist dem anderen billig. Ich kam aber davon ab, weil ich weiß, daß solche Beschlüsse unsinnig sind und nie zur Ausführung kommen können. Es war ein Glück, daß die Polizeiuhr vorüber war, denn sonst hätte wohl die Versammlung noch mehr „Beschlüsse" gefaßt, die in ihrer Allgemeinheit nicht nur schädlich sondern auch, lächerlich gelten. Man möchte aber über solche Zustände in einer freien Gewerkschaft auch heulen und fragt sich unwillkürlich, wie lange denn solches noch in die Erscheinung treten wird. Ob denn die Mitglieder, die sich bisher und auch in dieser Versammlung wieder duckten, die sich so terrorisieren ließen, noch lange in ihrer Lethargie verharren?

Ich bin der Ansicht, sie müssen aus sich heraus und ihre Meinung ungeniert und klar zum Ausdruck bringen, um dadurch andere mit ihnen Denkende zu gleichem Handeln zu veranlassen, denn solche Zustände schreien zum Himmel und müssen geändert werden. Deshalb rufe ich allen besonnenen Mitgliedern im Verband zu: Laßt euch in euren Versammlungen nicht von unverantwortlichen Maulhelden terrorisieren. Zeigt ihnen, daß sie nur Schädlinge der gewerkschaftlichen Organisationen sind.

Wohl wissen die jetzigen Schreier, daß sie einen undisziplinierten Teil der Mitgliedschaft mit sich reißen. Aber dies wird sofort ein Ende nehmen, wenn Gegenaktionen von besonnenen Mitgliedern zutage treten. Mitglieder, überlaßt nicht den Schreiern über euer Wohl und Wehe zu bestimmen, räumt ihnen nicht das Feld. Besetzt das Feld selbst. Dann wird wieder mit Ruhe und Besonnenheit ersprießliche gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden können. Der großen Masse ihre Machtgelüste zum Schaden der Organisation ausdiktiert zu haben. A. M.

August Abel. — Ein entdeckter Mordplan. — Deutschnationale Wahlpropaganda.

Noch vier Tage bis zur Wahl: „Meine Herren wir brauchen noch einen „Treffer". So manches hat in unserer Wahlagitation nicht geklappt. Mit dem Anschlag auf die Polizei sind wir abgerutscht, was nun?" So oder ähnlich werden sich die Herren Deutschnationalen unterhalten haben, bis sie zum größten, in Halle bisher gezeigten, Coup — dem entdeckten Mordplan an August Abel — gelangt sind.

August Abel, der verzätterte Liebling deutschnationaler Damen; der stürmisch deklatschte Retter deutscher, nein „alldeutscher" Ehre, sollte von jüdisch-kommunistischer Seite nach einer Versammlung der Deutschnationalen erstochen werden. So steht es mit dicken Buchstaben in der „Hallschen Zeitung". Es werden sogar Namen genannt und die Mörderstumme, welche der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gezahlt haben soll; denn einen solchen Zusammenhang muß jeder aus dem fraglichen Artikel herauslesen.

Wir wollen dem Prozeß nicht „vorgreifen". Die ganze Geschichte, die ja in ihrer Aufmachung allen vorangegangenen „Affären" wie ein Ei dem anderen ähnelt, sieht aber ganz verteufelt nach antisemitischer Hetz- und deutschnationaler Wahlpropaganda aus.

Da der genannte jüdische Verein Gelder für Radaumacher und Störer in deutschnationalen Versammlungen gezahlt haben soll, hat er auf diesen und die anderen Angriffe folgende Berichtigung der „Hallschen Zeitung" gesandt:

1. Es ist nicht wahr, daß der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Ortsgruppe Halle) Ruhestörer gedungen hat, die gegen eine Belohnung von 100 Mark je Person oder sonst eine Belohnung die Runge-Versammlungen im Juni v. J. stören sollten. Ich persönlich kannte damals weder die Herren Felixbrodt, noch Samuel, noch Lichtenstein, noch Moskin, noch Schmidt, noch Zabel.

Keiner von ihnen ist Mitglied des Zentralvereins.

Ich kannte lediglich von den in Ihrem Zeitungsartikel erwähnten Personen einen Herrn Rosenthal und einen Herrn Friedmann. Aber auch diese hat der Zentralverein in keiner Weise veranlaßt, die Runge-Versammlungen zu stören.

2. Es ist auch unwahr, daß für die Abel-Versammlungen irgendwelche Vorbereitungen vom Zentralverein getroffen sind.

3. Der behauptete Mordplan ist aus der Luft gegriffen. Ihr verantwortlicher Redakteur wird vor Gericht zur Rechenschaft darüber gezogen werden.

gez. Dr. Albert Müller, Rechtsanwalt.

Professor Menzer gegen die „Hallesche Zeitung". Der Rektor der Universität, Prof. Menzer wird gegen die „Hallesche Zeitung" Klage erheben, da diese mit Schmähungen und Beleidigungen nach bekannter alldeutscher Art über ihn hergefallen ist.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind unter unklaren, zum Teil unwahren Darstellungen Beiträge abgenommen, die dem Verband der Kopf- und Handarbeiter zugeführt worden sind. Auf Antrag einer Anzahl betroffener Mitglieder hat der Vorstand beschlossen, die an den Verband der Kopf- und Handarbeiter gezahlten Beiträge auf die Mitgliedschaft beim Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzurechnen, wenn die in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen sich umgehend unter Vorlegung ihres Mitgliedsbuches oder Karte im Büro, Dronderstraße 10, Zimmer 3, melden, oder ihr Buch einem mit grüner Karte sich ausweisenden Vertrauensmann des Verbandes übergeben. **Der Vorstand.**

Einbruch. Bei einem Gastwirt in der Martinstraße wurde eingebrochen. Hierbei wurde eine Kassette mit über 11 000 Mark Inhalt gestohlen.

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 17. Februar, abends 8½ Uhr im Hörsaal des Zoologischen Instituts am Domplatz mit Vorweisungen ab. Gäste willkommen.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, geht „Glaube und Heimat", die Tragödie eines Volkes von Karl Schönherr, in Szene. Donnerstag wird die Oper „Der Corregidor" von Hugo Wolf zum ersten Male wiederholt. Freitag „Pension Schöller".

Neue Wollkleider Man sehe unsere Spezial-Ausstellung Loewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0005

Sonnabend, abends 7½ Uhr, Sinfonie-Konzert. Leitung: Prof. Dr. Hans Pfitzner. Solist: Eduard Erdmann (Klavier). Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Volksvorstellung bei kleinen Preisen von 1 bis 5 Mk. „Harry", Komödie in 5 Aufzügen von Theodor Tagder, abends 7½ Uhr gelangt die Operette „Wenn Liebe erwacht" von Eduard Künneke, dem Komponisten von Dorf ohne Glocke zur Erstaufführung. Am Montag geht Schrekers Oper „Die Gezeichneten" unter persönlicher Leitung des Dichterkomponisten und unter Mitwirkung von Dr. Emil Schipper vom Staatstheater München als Tamare in Szene.

Das U.-T.-Theater an der Leipziger Straße weist wieder ein genußreiches Programm auf. Heinrich Peer, der bekannte, interessante Charakterdarsteller mit den scharfen regelmäßigen Gesichtslinien schafft in dem Schauspiel „Der Mann ohne Nerven" eine Glanzleistung. Auch die anderen Spieler sind als gut anzusprechen, wie auch der Film regie- und beleuchtungstechnisch auf der Höhe ist, was von dem etwas verworrenem Manuskript nicht immer gesagt werden kann. — Gerhard Dammann und Hansi Dege verschaffen uns mit ihrem Geisterspukgeschichten aus der vierten Dimension, die sich schließlich alle als harmlose Streiche entpuppen, ein ungemein heiteres Viertelstündchen, woran sich die neue Meßtertwoche als angenehme Ergänzung anschließt. H—r.

Provinz und Umgegend.

Eine dementierte Falschmeldung.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit:

Die durch die Presse gegangene Meldung, daß in den letzten Tagen die Leuna-Werke bei Merseburg mit Sicherheitspolizei besetzt und zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen worden seien, entbehrt jeder Grundlage. Weder die Polizei- noch die Verwaltungsbehörden sind irgendwie eingeschritten. Angebliche schwarze Listen bestehen nicht und Festnahmen im Leuna-Werke sind nicht erfolgt. (Die „Hallesche Zeitung" als Sensationsblatt war natürlich das erste Organ, das die Falschmeldung dem staunenden Bürger zum Frühstück präsentierte. D. Red.)

Sozialdemokratischer Wahlvorschlag für den Kreistag des Saalkreises.

Wahlvorschlag I. Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.).

1. Habermann, Alfred, Schlosser, Ammendorf; 2. Keitel, Otto, Bäckermeister, Löbnitz a. L.; 3. Schlüter, Kurt, Postschaffner, Könnern; 4. Schäfer, Paul, Gärtner, Döllnitz; 5. Rehländer, Ernst, Amtsvorsteher, Beesenlaublingen; 6. Kersten, August, Tierarzt, Döbliz; 7. Herbold, Marie, Ehefrau, Mukrena; 8. Albrecht, Franz, Landarbeiter, Brachstedt; 9. Friedrichs, Otto, Postschaffner, Rothenburg a. S.; 10. Schopp, Otto, Expedient, Ammendorf; 11. Orschel, Karl, Amtsvorsteher, Rosenfeld; 12. Hennicke, Friedrich, Werkmeister, Nietleben; 13. Weißmann, Albert, Bergarbeiter, Trebitz b. K.; 14. Suppe, Franz, Bahnarbeiter, Garsena; 15. Weber, Friedrich, Schaffner, Diemitz; 16. Muczka, Margarete, Ehefrau, Ammendorf; 17. Richter, Friedrich, Landwirt und Schmied, Brachstedt; 18. Pommer, Martha, Ehefrau, Könnern; 19. Alberty, Hermann, Landarbeiter, Brachstedt; 20. Zeimke, Friedrich, Arbeiter, Ammendorf; 21. Hedicke, Wilhelm, Landarbeiter, Brachstedt.

Zörbig. Kein Anschluß der Zörbiger Beamten an den LKB. Der in der Jahreshauptversammlung des Beamtenvereins für Zörbig und Umgegend am 30. Januar ergangene Beschluß auf Anschluß an den Land- und Kleinstadtbeamtenbund, über den wir seinerzeit berichteten, wird infolge Einspruchs des Deutschen Beamtenbundes vorläufig noch nicht ausgeführt, bis die Mitgliederversammlung erneut dazu Stellung genommen hat.

Trebnitz b. Könnern. Auftakt. Hier wurde der Wahlkampf der SPD. mit einer stark besuchten Versammlung am Sonntag abend eröffnet. Landtagsabgeordneter Gen. Herm. Garbe (Halle) wies in seinen sachlichen Ausführungen auf die Wahlen am 20. Februar hin und schilderte die Tätigkeit der Landesversammlung. In der Diskussion sprach als erster, Werner, Könnern (VKPD.) und wollte durch seine Fantastereien die Ausführungen des Gen. Garbe abschwächen. Als zweiter Redner meldete sich sein Parteifreund Peters (Könnern); er wollte, da er sich schon am Nachmittag eine Abfuhr geholt hatte, abends eine weitere holen und er bekam sie auch, denn wir erfüllen gerne alle Wünsche. Gen. Garbe führte im Schlußwort die beiden Moskowiter derartig ab, daß sie nach einigen Zwischenrufen ganz verstummten. Bei den Kommunisten bestand die Absicht, diese Versammlung zu sprengen, einige Sprößlinge hatten auch dazu angesetzt, als sie aber merkten, welcher Geist in der Versammlung herrschte, mußten sie verschämt das Schlußwort bis zu Ende anhören.

Rothenburg (Saale). Wählerversammlung der S. P. D. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Adolf Thiele (Halle) in einem 1½stündigen Vortrag die Anwesenden auf die Bedeutung der Wahlen am 20. Februar hinwies. In seinen weiteren, sehr sachlichen Ausführungen, beleuchtete er die einzelnen politischen Parteien von rechts bis links. In der Diskussion sprach Herr Peter (Könnern), VKPD., in seinen Ausführungen ging er auf alles andere als auf das Referat ein. Die alten abgedroschenen Phrasen der Kommunisten waren das Hauptargument seiner Ausführungen. Sodann erging er sich in schweren persönlichen Angriffen auf unseren alten Genossen Thiele. Eins muß aber festgenagelt werden, was einen jeden Arbeiter zu denken geben müßte, wörtlich sagte er: Was haben wir als Arbeiter für Vorteile von Oberschlesien zu erwarten, uns (den Kommunisten) ist es gleich, wo Oberschlesien durch die Abstimmung hinfällt. So tief sind die deutschen Leninanhänger schon gesunken! Im Schlußwort war es Genossen Thiele ein Leichtes, all diese Verleumdungen an Hand von Tatsachen zu widerlegen. Mit dem Aufruf am 20. Februar sozialdemokratisch zu wählen, wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen. Mehrere Neuaufnahmen wurden gemacht. Der Ortsverein Rothenburg wurde am Nachmittag gegründet, es steht fest, daß hier die kommunistische Vorherrschaft zerbrochen ist.

Roßbach b. Weißenfels. Gemeindevertretersitzung. Die Vertretung war vollzählig erschienen, als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Ersatzwahl eines Mitgliedes zum Schulvorstand. Gewählt wurde mit Stimmenmehrheit Hermann Dose. Zu Punkt 2 wurde Genosse Hermann Kobold in die Wohnungskommission gewählt. Punkt 3: In die Steuerkommission wurden unsere Genossen Franz Voigt, Otto Ströfer und Friedr. Kunze berufen. Punkt 4: Einstimmig wurde ferner beschlossen, im nächstjährigen Haushaltsetat für Beschaffung von Lehrmitteln für unsere Schulen 1000 Mk. und für die Schulbibliothek 150 Mk. einzustellen. Punkt 5: Ueber Teilnahme an der vom Kreise geplanten Kreissiedlungsgesellschaft soll in nächster Sitzung entgültig gesprochen werden. Punkt 6: Vom Landratsamt sind der Gemeinde Kartoffeln angeboten worden. In einer vom Gemeindevorsteher im Laufe kommender Woche einzuberufenden allgemeinen Gemeindeversammlung soll darüber Beschluß gefaßt werden.

Reichardtswerben b. Weißenfels. Sieg der Vernunft! Hier fand eine von den Roßbacher Genossen einberufene Wählerversammlung statt, die sehr gut besucht war. Leider muß man auf dem Lande vielfach die Wahrnehmung machen, daß fast nur Rechts- und Linksbolschewisten an der Zersetzung der Massen arbeiten; da ist es denn nötig, die Stimme der Vernunft zu erheben! Auch hier hatte der Genosse Thronicker (Weißenfels) das Referat übernommen. Er löste den noch indifferenten Arbeitern mit seinen überzeugenden Ausführungen die Schuppen von den Augen. Die Diskussion, an der Genosse Blödiner (Roßbach) und der Landwirt Pippel teilnahmen, stand durchaus auf der Höhe und wurde durch einen Erfolg der sozialdemokratischen Tendenz gekrönt. Der klingende Erfolg und die in nächster Zeit erfolgende Gründung einer Ortsgruppe, berechtigt uns zu den besten Zukunftshoffnungen.

Naumburg. Jugendweihe. Die hiesige Ortsgruppe proletarischer Freidenker veranstaltet am Sonntag, den 20. März, abends 5 Uhr, im Terrassensaal eine Jugendweihe der Schulentlassenen. Die Feier wird mit Vokal- und Instrumentalkonzert, einer Ansprache und Rezitation in würdiger Weise vorbereitet. Für freie Bewirtung der jugendlichen Teilnehmer ist Sorge getragen und außerdem hat der Verband beschlossen, jedem Schulentlassenen ein Sparkassenbuch mit auf den Weg zu geben. Die jungen Leute, welche an der Feier teilnehmen wollen, haben sich am 20. Februar, vormittags 11 Uhr, im „Goldenen Hahn" bei dem Vorsitzenden des Verbandes, Gen. Pröls, zu melden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Papitz-Schkeuditz. Mitgliederversammlung. Am Sonnabend abend tagte im Vereinslokal „Landhaus Papitz" unsere fällige Monatsversammlung. Erfreulicherweise waren eine ganze Anzahl Genossen erschienen, welche sich zu aktiver Wahlarbeit bereiterklärten. Gen. Oelsner (Schkeuditz) gab die für Sonntag zur Verteilung bestimmten Flugblätter aus. Im Anschluß hieran erfolgte die Aufstellung der Stimmzettelverteiler für den 20. Febr. Hierauf nahm die Versammlung den Bericht über die am 7. d. M. in Schkeuditz abgehaltene öffentliche Versammlung entgegen und wurde beschlossen, eine solche auch in Papitz am Mittwoch, den 16. Februar abzuhalten und Gen. Drescher (Halle) als Referenten zu verpflichten. Nach Erledigung bezw. Besprechung einiger interner Angelegenheiten schloß der 2. Vorsitzende die Versammlung.

Lebusa (Kr. Schweinitz). Versammlung. Genosse Biebrach (Dresden) sprach in gutbesuchter Versammlung. Seine Ausführungen fielen auf guten Boden und fanden lebhafte Zustimmung. Die durchaus sachliche Diskussion bestritten General a. D. von Krosigk für die Rechtsparteien und Lehrer Rodrian (Alt-Sorgefeld). Die Zustimmung, besonders beim trefflichen Schlußwort des Referenten gaben uns die Hoffnung, daß unsere Gedanken nach wie vor auch hier fest sitzen.

Langengrassau (Kr. Schweinitz). Ein Erfolg. Am 12. 2. sprach unser Genosse, Oberregierungssekretär Biebrach (Dresden), in vorzüglicher Weise vor einer gut besuchten Versammlung für die Bestrebungen unserer Partei. Zwei matte vollsparteiliche Zwischenrufe wurden spontan von den Anwesenden selbst sofort zurückgewiesen. In der Diskussion meldete sich keiner, so daß Lehrer Rodrian (Alt-Sorgefeld) nach einigen Ausführungen und dem Schlußwort des Referenten die gut verlaufene Versammlung schloß, mit der berechtigten Hoffnung, daß Stimmenumfang, Partei und Parteipresse wesentlich gefördert sind.

Hohenbucko (Kr. Schweinitz). Für die Sozialdemokratie! Auch hier hielt Genosse Biebrach (Dresden) einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag vor vollem Lokal. Die Diskussion war anregend, zwar von einem politisch Neutralen bestritten, aber unserer Partei äußerst förderlich, so daß Lehrer Rodrian die Versammlung mit der üblichen Ermahnung schließen und als Erfolg für die SPD. buchen konnte.

Zschornewitz. Oeffentliche Volksversammlung der SPD. Trotz der kurzen Ansetzungsfrist für die am letzten Donnerstag stattgefundene Volksversammlung, hatte dieselbe einen guten Besuch zu verzeichnen. Gen. Krüger referierte über den Großwahltag für Preußen. Er streifte darin auch die jetzt im Vordergrunde stehenden Kulturfragen: Religion, Elternbeiräte, Siedlungswesen und Erwerbslosenfürsorge. Von den anwesenden VKP.-Mitgliedern beteiligten sich Herr Krätzsch, Stöcker und Schäffner an der Diskussion. Doch wurden deren Ausführungen vom Gen. Krippendorf (Gräfenhainichen), sowie vom Referenten in treffender Weise widerlegt. Am kommenden Donnerstag, 8 Uhr findet noch eine Wählerversammlung statt, zu der Gen. Hesse das Referat übernommen hat. Wir bitten alle Genossen für regen Besuch zu sorgen.

Radis. Guter Erfolg. In einer gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung sprach hier unser Reichstagsabg. Krüger über die Wahlen und ihre Bedeutung. An der Verfassung und den übrigen Gesetzen zeigte er die Fortschritte der letzten Jahre. Treffend zeichnete er die Zukunftsarbeit und schloß mit dem Aufruf, am 20. Februar sozialdemokratisch zu wählen. Der Beifall bewies die gute Stimmung der Versammlung. Trotz Anwesenheit der Gegner nahm keiner das Wort und so konnte Genosse Krüger zum Schluß auf den Wert der Organisation und der Presse hinweisen. Der Boden für einen Ortsverein ist in Radis reif. Auf zur Tat!

Rodigkau. Versammlung. Für die Ortschaften Löberitz, Grötz und Rodigkau hielt der Ortsverein Zörbig der SPD. am Sonntag nachmittag hier im Gasthof „Zum Reiter" eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der unser Gen. Lebbin (Bitterfeld) in seiner ruhigen und sachlichen Art über die Bedeutung des kommenden Großwahltages sprach. Die lärmenden und hohlen Ausführungen kommunistischer Debatteredner vermochten den Eindruck des Referats nicht zu verwischen, trotzdem sie unter Mißbrauch der Redefreiheit dem Referenten wegen der vorgerückten Stunde eine Widerlegung des letzten von ihnen unmöglich machten.

Obersdorf. Klägliche Niederlage der Kommunisten. Hier fand eine außerordentlich stark besuchte Wählerversammlung statt, in der Gen. Landrat Thiele mit großem Erfolge sprach. In der Diskussion bekundete ein Kommunist einen derartigen Dilettantismus, daß Gen. Thiele unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung erklärte, daß er erwartet habe, einen mehr auf der Höhe stehenden Gegner entgegengestellt zu bekommen. Die handgreiflichsten Lügen stellte der Referent unter allgemeiner Zustimmung richtig. Die Versammlung darf als ein großer Erfolg unserer Sache angesehen werden.

Rudersdorf. USP. = Pech. Im Saale „Zur grünen Birke" war am 13. 2. eine Versammlung der USP. anberaumt. Es waren im Ganzen 8 Mann zur Versammlung erschienen und der Versammlungsleiter wie der Referent mußten unverrichteter Dinge wieder abreisen. Ihre Gesichter hatten eine ungewöhnliche Länge angenommen, denn sie sehen, daß die hiesigen Genossen immer noch treu zur Fahne der SPD. stehen, den Lockrufen der USP. keine Gefolgschaft leisten und dies auch in Zukunft so halten werden.

Roßleben. Gemeindevertretersitzung. Am Freitag fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Zuerst wurde der Schöffe Mackrodt eingeführt. Hierauf wurde über einen Antrag des Elternbeirates der Volksschule beraten, der den Ausbau der Lehrerwohnung im Schulhause zu einer Klasse fordert. Alle Redner waren sich darüber einig, daß ein weiteres Schulzimmer geschaffen werden muß. Man zog auch in Erwägung, die Schulscheune in ein Lehrerwohnhaus umzubauen. Nachdem der Gemeindevorsteher auf die Leere im Gemeindesäckel aufmerksam gemacht hatte, wurde beschlossen, einen Kostenanschlag über den Ausbau einzufordern. Ein Antrag, einer Gesellschaft für Siedlungen beizutreten, wurde zurückgestellt, da noch einige Unterlagen hierzu beschafft werden sollen. Zur Frage der Kartoffellandbeschaffung wurde mitgeteilt, daß der Domänenpächter Hörning bereit ist, 83 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Eine Kommission, bestehend aus den beiden Gemeindeschöffen soll die Anträge auf Ablassung von Land prüfen. Berücksichtigt sollen in erster Linie die Familien werden, die kein Land haben. Ein Antrag Römer, auf Einführung einer Luxussteuer zur Schaffung von Baugeldern, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. Ein Antrag des Einwohners Lehmann, die Wasserleitung nach seinem Grundstück zu legen, wurde genehmigt.

Leimbach. Ein gutes Vorzeichen. Am Sonnabend fand im Tittelschen Lokal eine von der SPD. einberufene Wählerversammlung statt. Gen. Völkel (Dresden) referierte über die bevorstehenden Wahlen und deren Bedeutung; er verstand es ausgezeichnet, die Teilnehmer zu fesseln und entwickelte ein klares Bild der Stellungnahme unserer Partei. Gen. Völkel zog die Parallele zwischen Demokratie und Rätediktatur, wodurch er allgemeinen Beifall fand. Es herrschte überall die Ansicht, daß das beste je in Leimbach gehörte Referat gewesen ist. Der Erfolg dieser Versamlung wird nicht ausbleiben. Nur zu bedauern ist, daß sich noch so viele, welche mit dem Linksradikalismus längst gebrochen haben, nicht heraustrauen.

Mansfeld. Ein großer Erfolg. Zu einem großen Erfolg für unsere Partei gestaltete sich die am Mittwoch hier stattgefundene öffentliche Versammlung, in der Gen. von Holleufer-Kypke aus Wiederau (Sachsen) sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht. In seinen großartigen, sachlichen Ausführungen griff er besonders die rechtsstehenden Parteien an, die Deutschnationalen, die jetzt ihr Schild überpinselt hätten und — Bauernfang zu treiben — kurz vor den Wahlen mit dem Volk zusammen an einen Tisch setzten. Auch die verderbliche Politik der Hohenzollern wurde einer Betrachtung unterzogen. Was ist national? Daß man eintritt für das Wohl der Nation ohne Rücksicht auf Standesinteressen! Ein ehrlicher Beamter muß die republikanischen Parteien mindestens achten. Die Demokratische Partei sei die Partei der Unentschlossenen. Auch mit den Kommunisten beschäftigte sich der Redner längere Zeit. Er wurde dabei durch zahlreiche Zwischenrufe wie Scheinsozialisten, Verräterpartei, Bluthund, Noske usw. mehrmals unterbrochen. Mit der Aufforderung, am 20. Februar die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei zu geben, schloß der Gen. von Holleufer seine Ausführungen. Dann eröffnete der Gen. Esser die Diskussion. Es meldeten sich die Kommunisten Paul Wenzeck (der jüngere Bruder des USP.-Wenzeck-Merseburg) und der ehem. Mehrheitssozialist Stadtverordnetenvorsteher a. D. Rauchfuß zum Wort. Ersterer versuchte den Redner in einer mit Schreibmaschine vorher ausgearbeiteten Gegenrede — er las wörtlich ab — zu widerlegen, was ihm aber nicht gelang! Daß hierbei wieder zahlreiche Kraftausdrücke wie Bluthund, Lump usw. fielen, ist eigentlich selbstverständlich! Er sagte u. a.: Noske hätte 3 Tage vor der Revolution die Kieler Arbeiter vor derselben gewarnt: „Die feindlichen Ausländer machen nicht mit." Die Ausführungen des Kommunisten Rauchfuß sind recht belanglos. Beide Diskussionsredner griffen auch persönlich den „Deutschsozialisten" (!) Stadtverordneten Voigt an. In seiner Erwiderung, in der er von den Kommunisten besonders von der „kommunistischen Jugend", unterbrochen wurde, führte Voigt aus: „Bei Ausbruch der Revolution ist uns von den sozialistischen Führern feierlichst versichert, daß die feindlichen Heere und Völker die deutsche Revolution mitmachten. Wir sind in dieser Beziehung wider besseres Wissen der Führer beschwindelt, wie dies aus Wenzecks eben gemachten Ausführungen hervorgeht. Durch diesen Schwindel ist das Unglück über Deutschland hereingebrochen. Auch ich habe zu den Beschwindelten gehört, bin dann aber, als ich sehr bald dies merkte, abgerückt. In seinem Schlußwort wies der Redner die Einwendungen der Gegner in überzeugender Weise zurück. Die Wut der Kommunisten, daß sich auch im radikalen Mansfeld endlich eine Ortsgruppe der SPD. gebildet hat, scheint recht groß zu sein, nein, Herr Rauchfuß, ihre Flegeleien erwidern wir nicht! Bemerkt sei noch, daß der „Deutschsozialist" Voigt sich selbst als Spitzenkandidat für den Kreistag (Partei „Mitte"(?)) aufgestellt hat, d. h., sich aufstellen ließ. Die Versammlung war jedenfalls für uns ein voller Erfolg und hat uns neue Freunde zugeführt. Sorgen wir deshalb am 20. Februar dafür, daß der Sozialdemokratischen Partei recht viele Stimmen zugeführt werden! Der Sieg muß unser sein!

Mansfeld. Gründungsversammlung. Infolge eifriger Bemühungen der Genossen Heyer und Esser, hatten sich eine Anzahl Parteifreunde zwecks Gründung eines Ortsvereins im Gasthof „Zur Sonne" eingefunden. Gen. Postsekretär Esser eröffnete die Versammlung und hieß die Erschienen herzlich willkommen. Sodann erhielt das Wort Genosse Simon (Siersleben), der mahnende Worte an die Versammlung richtete und allseitigen Beifall fand. Zustimmung fand auch der Genosse Wünsch (Eisleben), der im Namen des Unterbezirks Eisleben erschienen war. Er begrüßte es besonders, daß nun endlich auch im radikalen Mansfeld eine Ortsgruppe unserer Partei gegründet werden konnte. Die Ausführungen des Gen. Schulmann (Großörner), des Obmanns des Landbezirks Mansfeld, fanden die lebhafte Zustimmung der Anwesenden. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Gen. Esser, 2. Vorsitzender Gen. Stecklenberg, 1. Kassierer Gen. Franz Heyer, 2. Kassierer Gen. Otto Elle jun., Schriftführer Gen. Otto Gräfe. Die Versammlungen finden jeden 1. Sonntag im Monat beim Gen. Tegener, Gasthof „Zur Sonne", statt. Das Wahlbüro befindet sich ebendort. Am Schlusse der Versammlung forderte der Vorsitzende auf, die „Volksstimme" zu lesen und neue Parteimitglieder zu werben.

Falkenberg. Raubüberfall. Am Sonnabend wurde abends 7 Uhr ein junger Mann aufgefunden, welcher gefesselt und ausgeplündert war. Nachdem der Knebel und die Stricke entfernt waren, wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, welche dann auch nach langen Bemühungen Erfolg hatten. An der Stirn wies er eine Verletzung auf, die von einem Schlage mit einem harten Gegenstand herrühren. Der Verletzte wurde als der 24jährige Friseur Busse aus Mühlberg festgestellt. Die weiteren Ermittelungen ergaben: Busse wollte ein Geschäft kaufen und hatte seine ganzen Ersparnisse im Betrage von 15 000 Mk. bei sich. Der Kauf hat sich aber zerschlagen und in einer Gastwirtschaft in Uebigau kam er mit den vermutlichen Tätern zusammen, welche ihn dann den verkehrten Weg nach Falkenberg wiesen. Statt ihn auf die Chaussee zu weisen, gaben sie ihm einen Waldweg an, der schon am Tage schwer zu begehen ist. Auf dem Wege nach Falkenberg, in der Nähe des Stellwerks, erhielt er einen Schlag über den Kopf und weiter weiß B. nichts. Das Geld wurde ihm restlos geraubt. Der Heizer des Hilfszuges, welcher in der Nähe hielt, fand ihn dann. Der oder die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Papitz, Heute, **Mittwoch,** den 16. Februar, abends 7 Uhr, in „Ritters Landhaus" **öffentliche Volksversammlung.** Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch!
Der Vorstand.

Bitterfeld. **Donnerstag,** den 17. Februar, abends 7 Uhr, im „Prinz von Preußen", **Marktplatz,** außerordentliche **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Delitzsch. **Donnerstag,** den 17. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Schützenhause" eine öffentliche **Wählerversammlung** statt. In derselben spricht Reichstagsabgeordneter Richard Krüger, Merseburg, über „Preußen und die S.P.D." Genossinnen und Genossen sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung, denn es ist das letzte Wort vor den Wahlen, daß zu unseren Wählern gesprochen wird.
Der Vorstand.

Delitzsch. **Freitag,** den 17 Februar, abends 8 Uhr, findet im „Cafe Bismarck" eine außerordentliche **Mitgliederversammlung** statt. In Anbetracht der zu leistenden Wahlarbeit ist es Pflicht aller Genossen pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Merseburg. **Am Freitag, den 18. Februar, abends,** findet eine **Funktionärsitzung** statt, zu derselben möchten alle Funktionäre und Wahlhelfer erscheinen.
Der Vorstand des Unterbezirks und Ortsvereins.

Freier Sängerchor Halle M. d. D. A. S. B. **Freitag,** abend 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden", Martinstr.: **Uebungsstunde.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210216-19/fragment/page=0006